



# Strategierahmen für die ökonomische Gleichstellung 2030

# Strategierahmen für die ökonomische Gleichstellung 2030

## Autor:innen

Miriam Beblo

Silke Borgstedt und Franziska Jurczok

Martin Bujard

Simone Kaiser und Jessica Wulf

Tom Krebs

Ute Sacksofsky

Dagmar Weißler-Poßberg und Oliver Ehrentraut

Katharina Wrohlich

# Inhalt

---

<b>Einleitung</b> .....	S.4
-------------------------	-----

## **Teil 1: Ökonomische Gleichstellung:**

Verfassungsauftrag, Dimensionen und erforderliche Rahmenbedingungen

<b>1. Ute Sacksofsky:</b> .....	S. 6
Ökonomische Gleichstellung – ein Verfassungsauftrag	
<b>2. Dagmar Weißler-Poßberg, Oliver Ehrentraut:</b> .....	S. 8
Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen fehlender ökonomischer (Un)Gleichheit zwischen Frauen und Männern	
<b>3. Martin Bujard:</b> .....	S. 12
Kinderwünsche, Care-Arbeit und Erwerbstätigkeit: Welche Rahmenbedingungen junge Erwachsene und Eltern brauchen	

## **Teil 2: Wirtschaftliche Eigenständigkeit:**

Zielbestimmung, Einstellungen und Wünsche der Bürger:innen

<b>4. Miriam Beblo:</b> .....	S. 18
„Nachhaltige Ökonomische Eigenständigkeit“ als notwendige Bedingung	
<b>5. Simone Kaiser, Jessica Wulf:</b> .....	S. 20
Wirtschaftliche Eigenständigkeit: Ein Ziel mit großer Bedeutung für Bürgerinnen und Bürger	
<b>6. Silke Borgstedt, Franziska Jurczok:</b> .....	S. 24
Wirtschaftliche Eigenständigkeit: Wunsch und Wirklichkeit	

## **Teil 3: Auf dem Weg zur ökonomischen Gleichstellung:**

Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen und Potenziale von Neujustierungen

<b>7. Katharina Wrohlich:</b> .....	S. 28
Ist die Gesellschaft bereit für Reformen? Wünsche und Einstellungen zur Erwerbs- und Care-Arbeit von Frauen und Männern	
<b>8. Tom Krebs:</b> .....	S. 30
Kosten ökonomischer Ungleichstellung	
<b>9. Fazit</b> .....	S. 36
<b>10. Visualisierung des Strategierahmens für die ökonomische Gleichstellung 2030</b> .....	S. 38

<b>Autor:innen</b> .....	S. 40
--------------------------	-------

# Einleitung

Was braucht es, damit die ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern vorankommt?

Es braucht: ein verfassungsrechtliches Mandat, ein klares Ziel, es braucht Wissen über gesellschaftliche Werte und Wirklichkeiten – und es braucht Vorschläge, die darauf aufsetzen, von einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden und politisch zum Wohle aller gestaltet werden.

Im Herbst 2024 hat die Gleichstellungsabteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend renommierte Expert:innen eingeladen, sich mit diesen Thesen in kurzen Beiträgen zu befassen und damit Wissensgrundlagen für notwendige Nejustierungen eines Gesamtsystems zu legen, in dem zu wenigen Frauen eine dauerhafte wirtschaftliche Eigenständigkeit gelingt. Die Autor:innen haben hierfür aus der Fülle ihrer Kenntnisse geschöpft oder im Auftrag des BMFSFJ neue Erkenntnisse gewonnen, die erstmals hier veröffentlicht werden.

Entstanden ist dieses Kurz-Kompendium, das als Strategierahmen zum 30. Jubiläum des Staatsziels Gleichstellung Wirklichkeiten, Ziele und Wege zur ökonomischen Gleichstellung von Frauen und Männern bis zum Ende des Jahrzehnts (2030) beschreibt und damit die erste Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt.

Die Autor:innen zeigen, welche volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Potenziale ökonomische Gleichstellung freisetzen kann und welche Einstellungen und Wünsche der Gesellschaft zu berücksichtigen sind.

Die Beiträge und Studien wurden bei der Konferenz „Ökonomische Gleichstellung 2030“ am 28.11.2024 mit den Autor:innen sowie Akteur:innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft diskutiert. Ausgerichtet wurde die Konferenz durch das Bundesfamilienministerium in Zusammenarbeit mit dem Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI) des Fraunhofer IAO im Rahmen des Projekts „Wirtschaftliche Eigenständigkeit nachhaltig stärken“.

Die ersten drei Beiträge nehmen die Grundlagen in den Blick: Haben wir einen Verfassungsauftrag für die ökonomische Gleichstellung? Welche volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimensionen sind von der ökonomischen Ungleichheit der Geschlechter betroffen? Wie wichtig sind gleichstellungsrelevante staatliche Rahmenbedingungen für die Frage, ob Kinder geboren werden?

Drei weitere Beiträge widmen sich einer gestaltungstauglichen Zielsetzung und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung: Ist die „nachhaltige ökonomische

mische Eigenständigkeit“ Bedingung und taugliches Ziel für die ökonomische Gleichstellung? Was bedeutet wirtschaftliche Eigenständigkeit für Bürgerinnen und Bürger? Wird das Ziel einer wirtschaftlichen Eigenständigkeit breit getragen?

Die letzten beiden Beiträge fokussieren auf den Weg hin zur ökonomischen Gleichstellung: Ist die Gesellschaft bereit für Reformen? Was kostet es uns, auf wirtschaftliche Gleichstellung zu verzichten? Die Autorinnen und Autoren haben ihren Beiträgen die wesentlichen Antworten in Abstracts vorangestellt. Sie schließen meist mit Empfehlungen an die Politik.

Im 9. und 10. Kapitel werden die zentralen Ergebnisse und Empfehlungen im Überblick zusammengestellt und in einer Grafik visualisiert.

Mögen die hier zusammengestellten Erkenntnisse und Ideen einen Beitrag zu einer evidenzbasierten Gleichstellungspolitik der Zukunft leisten.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

# Ökonomische Gleichstellung – ein Verfassungsauftrag

Prof. Dr. Dr. h.c. Ute Sacksofsky, M.P.A. (Harvard)

Das Grundgesetz enthält einen Verfassungsauftrag zur Förderung der ökonomischen Gleichstellung. Gesetzgeber wie Exekutive müssen daher Maßnahmen zu deren Förderung ergreifen.

Art. 3 Abs. 2 GG besteht aus zwei Sätzen. Der erste lautet schlicht: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ und besteht seit der Schaffung des Grundgesetzes. Der zweite Satz wurde nach der Wiedervereinigung im Jahr 1994 eingefügt, als klar wurde, dass formale Gleichheit nicht ausreicht. Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG bestimmt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

## I. Gewährleistung materieller Gleichheit

Dieser Verfassungsauftrag zur Gewährleistung und Förderung der Gleichberechtigung hat sich nicht etwa durch die Abschaffung von Rechtsnormen erledigt, die Frauen ausdrücklich benachteiligten. Denn Gleichberechtigung ist materiell zu verstehen.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zeigt dies in aller Deutlichkeit. Schon in seiner früheren ständigen Rechtsprechung führte das Gericht aus, dass Art. 3 Abs. 2 GG ein Gleichberechtigungsgebot aufstelle und dies auf die

gesellschaftliche Wirklichkeit erstrecke.<sup>1</sup> Dazu gehöre, tradierte Rollenverteilungen zu überwinden.<sup>2</sup> Andere Formulierungen, die das Gericht verwendet, lauten, dass Art. 3 Abs. 2 GG auf die Angleichung der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern ziele.<sup>3</sup>

In einer neueren Entscheidung klingt dies so: „Art. 3 Abs. 2 GG bietet Schutz auch vor faktischen Benachteiligungen. Die Verfassungsnorm zielt auf die Angleichung der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern ... Durch die Anfügung von Satz 2 in Art. 3 Abs. 2 GG ist ausdrücklich klargestellt worden, dass sich das Gleichberechtigungsgebot auf die gesellschaftliche Wirklichkeit erstreckt“ (BVerfGE 126, 29, 53 f.). Das Gericht hat damit die 1994 erfolgte Aufnahme des Verfassungsauftrags in Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG vorweggenommen und bezeichnete diese Verfassungsänderung damit später treffend als „Klarstellung“<sup>4</sup>.

## II. Gleichberechtigung erfasst ökonomische Gleichstellung

Gleichberechtigung erfasst auch die ökonomische Gleichstellung. Die traditionelle Geschlechterord-

<sup>1</sup> BVerfGE 85, 191, 207. Dies betont das Gericht auch in der neueren Rechtsprechung: BVerfGE 104, 373, 393; 109, 64, 89; 147, 1, 29.

<sup>2</sup> BVerfGE 85, 191, 207.

<sup>3</sup> BVerfGE 87, 1, 42; 109, 64, 89; 113, 1, 15; 126, 29, 53.

<sup>4</sup> BVerfGE 92, 91, 109.

nung mit ihrer Beschränkung der Frau auf die häusliche Sphäre hatte Frauen gerade den Zugang zur Sicherung ihrer eigenen ökonomischen Grundlage verwehrt. Im BGB von 1900, dessen Familienrecht zur Zeit der Schaffung des Grundgesetzes noch galt, war dies in nicht zu übertreffender Deutlichkeit geregelt: dem Mann stand nicht nur das allgemeine Bestimmungsrecht in der Ehe zu, sondern das Vermögen der Frau wurde explizit der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterworfen, und er besaß ein fristloses Kündigungsrecht gegenüber ihrem Arbeitgeber. Dies sollte die Garantie der Gleichberechtigung von Männern und Frauen überwinden. Das Bundesverfassungsgericht hat dies schon in einer Entscheidung aus dem Jahr 1957 explizit klargestellt.<sup>5</sup> Ökonomische Abhängigkeit produziert weitere Abhängigkeiten. Gleichberechtigung ist ohne ökonomische Eigenständigkeit nicht denkbar.

### III. Bindungswirkung des Verfassungsauftrags

Einigkeit besteht darüber, dass Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG kein Grundrecht darstellt, so dass er nicht von Einzelnen eingeklagt werden kann. Auch gibt die Verfassung nicht im Einzelnen vor, welche Maßnahmen zu seiner Umsetzung ergriffen werden müssen. Aber der Verfassungsauftrag ist damit nicht wirkungslos. Er bindet alle staatliche Gewalt. Gesetzgeber wie Exekutive sind verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung tatsächlicher Gleichberechtigung zu ergreifen.

### IV. Mehr als ein Verfassungsauftrag: mittelbare Benachteiligung

Das Grundrecht der Gewährleistung der Gleichberechtigung verbietet auch mittelbare Benachteiligungen. Mit dieser Rechtsfigur werden Regelungen erfasst, die zwar nicht unmittelbar an das Geschlecht anknüpfen, sich aber überwiegend nachteilig für Frauen auswirken. Der Staat darf daher keinesfalls selbst negative Anreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen setzen. Dazu gehört beispielsweise das Ehegattensplitting, das feministische Jurist:innen schon seit vielen Jahrzehnten für verfassungswidrig halten.

---

<sup>5</sup> BVerfGE 6, 55, insb. 82f.

# Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen ökonomischer (Un)Gleichheit zwischen Frauen und Männern

Dr. Dagmar Weißler-Poßberg, Dr. Oliver Ehrentraut

Die ökonomische Ungleichheit von Frauen und Männern schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen Deutschlands, insbesondere in den Bereichen Renten und Krankenversicherung. Eine größere ökonomische Gleichstellung könnte ungenutzte Potenziale für das Potenzialwachstum freisetzen und zu einer gerechteren und resilienteren Gesellschaft beitragen.

## Kurzer Überblick über ökonomische Ungleichheiten und ihre Ursachen

Die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Deutschland ist 2023 auf 78 Prozent gestiegen und nähert sich damit der der Männer an (Eurostat 2024a). Dennoch nehmen fast fünf Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter nicht am Erwerbsleben teil, und die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit. Ein zentraler Grund: Frauen leisten jährlich 72 Milliarden Stunden in Care- und Familienaufgaben – mehr als alle Arbeitsstunden der Erwerbstätigen in Deutschland zusammen (Samtleben/Juncke 2024). Diese Ungleichheit zeigt sich auch im dritthöchsten Gender (Work) Time Gap in der EU (Eurostat 2024b) sowie im Gender Lifetime Earning Gap von fast 50 Prozent (Knauth/Deindle 2019, Barišić/Consiglio 2020) und einem Gender Pension Gap von 27 Prozent (Destatis 2024). Jedoch streben immer mehr Frauen nach

mehr Berufstätigkeit und erwarten, dass Familiengründung und berufliche Entwicklung vereinbar sind. Viele Väter unterstützen diese partnerschaftliche Lebensweise. Dennoch führen geschlechtsspezifische Normen und Rahmenbedingungen oft zu traditionellen Rollenverteilungen nach der Geburt des ersten Kindes. Dies hat langfristige Auswirkungen: 89 Prozent der Väter und 66 Prozent der Mütter halten nach der Geburt weiterer Kinder an den ursprünglichen Entscheidungen fest (IfD 2022).

Die ökonomischen Ungleichheiten auf der individuellen Ebene haben gravierende Folgen für das maßgeblich durch den Arbeitsmarkt beeinflusste Wirtschaftswachstum und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.



## Potenzialwachstum: Arbeitsmarkt und Wettbewerbsfähigkeit

Volkswirtschaftliche Kennzahlen belegen die Stagnation der deutschen Wirtschaft: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in den vergangenen fünf Jahren lediglich um 0,1 Prozent p. a. gestiegen. Das Produktionspotenzial Deutschlands liegt mehr als 5 Prozent unter dem Niveau, das im Jahr 2019 für das Jahr 2024 prognostiziert wurde (SVR: Jahrestgutachten 2024/25). Die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft werden durch die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften gedämpft (SVR 2024). Zwar ist der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens aktuell noch positiv, aber im Vergleich der vergangenen 20 Jahren bereits sehr gering. Und es kommt noch schlimmer: Bei absehbarer Bevölkerungsentwicklung wird der zu erwartende Beitrag des Arbeitsvolumens zum Potenzialwachstum ab 2025 sogar negativ (Schmidt 2024).

Mittel- und Langfristprojektionen des Fachkräftemonitorings zeigen, dass sich in vielen Branchen, Berufen und Regionen die jetzt schon vorherrschenden Knappheiten am Arbeitsmarkt weiter verschärfen werden. Dabei spielt das nur unzureichend gehobene Erwerbspotenzial von Frauen eine maßgebliche Rolle: Der Anteil am Arbeitsangebot und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit von Frauen sind im Vergleich zu Männern relativ gering.

Durch die geringere Frauenerwerbstätigkeit gehen wertvolle Potenziale für Transformation und Wettbewerbsfähigkeit verloren. Potenzielles Wachstum bleibt ungenutzt. Deutschland verliert international weiter an Bedeutung, wenn es das Erwerbspersonenpotenzial nicht besser ausschöpft. Das gilt gleichermaßen für einzelne Unternehmen: Studien zeigen, dass Unternehmen mit einer vielfältigen Unternehmensführung erfolgreicher und innovativer sind und ein Monitoring der Gender Diversity mit Gewinnsteigerungen im Bereich von 10 bis 15 Prozent einhergeht (ILO 2019).

Eine besondere Rolle in der notwendigen Transformation kommt dem MINT-Sektor zu. Er ist entscheidend für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Auch hier bremsen jedoch Fachkräfteengpässe die Entwicklung (Anger et al. 2024). Studienergebnisse belegen, dass eine Reduzierung der Geschlechterungleichheit in der MINT-Ausbildung, der Arbeitsmarktbeteiligung und bei Gehältern bis zum Jahr 2050 bis zu 10,5 Millionen Arbeitsplätze in der EU schaffen könnte. Gleichzeitig würde das BIP pro Kopf in der EU um bis zu 10 Prozent höher ausfallen (EIGE 2017).

## Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen

Das niedrige Wirtschaftswachstum in Kombination mit der demografischen Entwicklung gefährdet die auch langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Insbesondere die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme werden bei rückläufigen Einnahmen mit immer höheren Ausgaben konfrontiert. Hier würde sich eine Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit in mehrfacher Hinsicht lohnen: Frauen zahlen beispielsweise mehr Rentenbeiträge, stärken damit das System und erwerben zudem individuell höhere Rentenansprüche. Der Staatshaushalt wird entlastet, da der Bund weniger Zuschüsse ins Rentensystem leisten muss und er profitiert von zusätzlichen Steuereinnahmen. Ähnliches gilt für die anderen Zweige der Sozialversicherung. Die verbesserte Einnahmesituation erlaubt im Umlageverfahren eine gedämpfte Beitragssatzentwicklung, was wiederum positive wirtschaftliche Impulse schaffen kann.

Konkret und in Zahlen verursacht Geschlechterungleichheit enorme Kosten. Beispiel gesetzliche Rentenversicherung: 2024 müssen mit rund 110 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt rund 22 Prozent der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung kompensiert werden (DRV 2024). Und der erforderliche Zuschuss aus dem Bundeshaushalt wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Je dynamischer sich aber die Arbeits-

marktpartizipation der Frauen entwickelt, umso größer ist die Wirkung auf die Stabilisierung der Rentenfinanzen (Prognos 2021). Ähnliche Effekte sind seit 2005 durch die positive Arbeitsmarktentwicklung, einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die zuletzt hohe Nettozuwanderung entstanden und haben – anders als seinerzeit erwartet – zu einem Rückgang des Beitragssatzes auf 18,6 Prozent bei gleichzeitig langsamer absinkendem Rentenniveau geführt (Tragfähigkeitsbericht 2024).

Beispiel gesetzliche Kranken und soziale Pflegeversicherung: Die Ausgaben der GKV und SPV werden in den kommenden Jahrzehnten immer weiter steigen. Hintergrund sind im Wesentlichen die Alterung der Bevölkerung, der medizinisch-technische Fortschritt, höhere Kosten für medizinische Versorgung und eine höhere Inanspruchnahme von Pflegeleistungen. Auch hier würden eine steigende Erwerbsbeteiligung und eine Ausweitung der Arbeitszeiten von Frauen sowie ein Abbau von geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschieden zu Mehreinnahmen in den Systemen führen. Die Beitragssatzentwicklung könnte sowohl in der SPV als auch in der GKV erheblich gedämpft werden.

Die erwerbszentrierten Sozialsysteme profitieren damit insgesamt und grundsätzlich von einem Abbau der Geschlechterungleichheit (sofern dieser durch eine Angleichung von Frauen an Männer erfolgt). Die Ausgaben für Gesundheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und Alterssicherung würden gemessen am BIP sinken, der Staat gewänne zudem durch steigende Steuereinnahmen wichtige Spielräume für notwendige Investitionen in der Transformation.

## Chancenverwirklichung, Fertilität und Wohlergehen

Letztlich zeigt sich eine enge Wechselwirkung von Arbeitsmarktchancen und Einkommen mit Zufriedenheit, Wohlbefinden und sozialer Teilhabe.

Unter anderem, weil heutige junge Männer und Frauen ökonomische Sicherheit im Erwerbsleben etablieren möchten (Bujard 2023) werden Kinderwünsche aufgeschoben oder nicht verfolgt (Familienreport 2024). Während vor 2016 verbesserte Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern einen Anstieg der Geburtenrate ansahen, sinkt sie seit 2017 wieder (Statistisches Bundesamt 2024) und liegt mit 1,4 Kindern je Frau deutlich unter Bestanderhaltungsniveau von 2,1. Das verschärft die Probleme einer alternden Gesellschaft und hat langfristige Folgen für das Potenzialwachstum der Zukunft.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern ist nicht zuletzt von entscheidender Bedeutung, um das wirtschaftliche Wohlergehen der Familie zu sichern und Armutsrisiken zu verringern (OECD 2016). Dabei zeigen Studien auch, dass Frauen mit höherem Einkommen und Bildung seltener Opfer von Missbrauch und Gewalt werden, was darauf hindeutet, dass ökonomische Eigenständigkeit eine wichtige präventive Rolle in der Vermeidung von häuslicher Gewalt und finanzieller Abhängigkeit spielt (vgl. Adams-Prassl et al., 2023). Eine gerechtere Aufteilung der Chancen und Pflichten des Arbeits- und Privatlebens zwischen den Partnern, die Männern und Frauen Eigenständigkeit ermöglicht, ist hingegen gut für das Wohlergehen der Familien und der einzelnen Familienmitglieder (OECD 2016).

Die dargestellten Dimensionen der ökonomischen (Un)Gleichheit machen deutlich, dass sich Deutschland die bestehenden Gender Gaps (Lohnlücke, Lebenseinkommenslücke, Vermögens- und Rentenlücke) gesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich nicht leisten kann.

## Literatur

**Adams-Prassl, A./Nix, E./Huttunen K./Zhang, N. (2023):** The Dynamics of Abusive Relationships Institute Working Paper 71 | Published April 24, 2023. <https://doi.org/10.21034/iwp.71> (19.11.2024).

Anger, C./Betz, J./Plünnecke, A. (2024): MINT-Frühjahrsreport 2024. Gutachten für BDA, Gesamtmetall und MINT Zukunft schaffen. Institut der Deutschen Wirtschaft.

**Barišić, M./Consiglio, V. (2020):** Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Was es kostet Mutter zu sein. Beschäftigung im Wandel. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/200616\\_Kurzexpertise\\_MotherhoodLifetimePenaltyFINAL.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/200616_Kurzexpertise_MotherhoodLifetimePenaltyFINAL.pdf) (01.11.2024).

**Bujard, M./Kreyenfeld (2023):** Kriegen die Deutschen bald weniger Kinder? [https://www.bib.bund.de/DE/Publikationen/Broschueren/Online/Demographischer-Wandel-Weiter-und-anders-diskutiert-12-Essays.html?nn=1219558&cms\\_pos=2](https://www.bib.bund.de/DE/Publikationen/Broschueren/Online/Demographischer-Wandel-Weiter-und-anders-diskutiert-12-Essays.html?nn=1219558&cms_pos=2) (19.11.2024).

**Destatis (2024):** Gender Pension Gap 2023: Alterseinkünfte von Frauen 27,1 % niedriger als die von Männern. Pressemitteilung Nr. N016 vom 24. April 2024 [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24\\_N016\\_12\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_N016_12_63.html) (01.11.2024).

**EIGE, European Institute for Gender (2017):** Economic benefits of gender equality in the EU: How gender equality in STEM education leads to economic growth <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/economic-benefits-gender-equality-eu-how-gender-equality-stem-education-leads-economic-growth> (01.11.2024).

**DRV (Deutsche Rentenversicherung) (2024):** [https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Experten/Zahlen-und-Fakten/Statistiken-und-Berichte/statistiken-und-berichte\\_node.html](https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Experten/Zahlen-und-Fakten/Statistiken-und-Berichte/statistiken-und-berichte_node.html) (01.11.2024).

**Eurostat (2024a):** „Employment and activity by sex and age - annual data“ [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsi\\_emp\\_a\\_custom\\_13753444/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsi_emp_a_custom_13753444/default/table?lang=en) (14.11.2024).

**Eurostat (2024b):** Gender Time Gap in der EU-27 2023. Labour Force Survey [https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Europa-Internationales/Datensammlung/PDF-Dateien/abbV20b.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Europa-Internationales/Datensammlung/PDF-Dateien/abbV20b.pdf) (01.11.2024).

**IfD Allensbach (2022):** Allensbacher Archiv Umfrage 9213. Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Zweite Befragung: Untersuchungsbericht zu einer repräsentativen Befragung von Eltern in Paarverbindungen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige\\_pdfs/9213\\_Weichenstellungen.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/9213_Weichenstellungen.pdf)

**Knauthe, K./Deindle, Ch. (2019):** Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege, [https://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/sonstiges/SoVD\\_Gutachten\\_Altersarmut\\_Frauen2019.pdf](https://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/sonstiges/SoVD_Gutachten_Altersarmut_Frauen2019.pdf) (02.11.2024).

**OECD (2016):** Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/123754/0e91a296d19290dc5ad110be02aca617/dare-to-share-data.pdf>

**Prognos (2021):** Frauen und Altersvorsorge. Perspektiven und Auswirkungen einer höheren Erwerbsbeteiligung auf die eigenständige Alterssicherung. Im Auftrag für den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin. [https://www.prognos.com/sites/default/files/2021-01/endbericht\\_frauen\\_und\\_altersvorsorge\\_april\\_2018.pdf](https://www.prognos.com/sites/default/files/2021-01/endbericht_frauen_und_altersvorsorge_april_2018.pdf) (01.11.2024).

**Wirtschaft, ifo Schnelldienst 7/2013, 66. Jahrgang, 15. April 2013.** <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/165259/1/ifosd-v66-2013-i07-p31-40.pdf> (01.11.2024).

**Sacco, S. (2027):** Häusliche Gewalt Kostenstudie für Deutschland, Gewalt gegen Frauen in (ehemaligen) Partnerschaften, 2017. Ahrensburg, Tredition

**SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2024):** Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren. Jahresgutachten 24/25. [https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202425/JG202425\\_Gesamtausgabe.pdf](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202425/JG202425_Gesamtausgabe.pdf) (14.11.2024).

**Christoph M. Schmidt 2024:** <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/4/beitrag/ohne-fleiss-kein-preis-die-deutsche-volkswirtschaft-muss-sich-ihre-innovations-faehigkeit-immer-wieder-neu-erarbeiten.html> (16.11.2024).

# Kinderwünsche, Care-Arbeit und Erwerbstätigkeit: Welche Rahmenbedingungen junge Erwachsene und Eltern brauchen

Prof. Dr. Martin Bujard

Gute Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen sind wesentlich für die Geburtenentwicklung, insbesondere ausreichend Kinderbetreuungsangebote, ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt und eine kulturelle Verankerung von Gleichstellung. Wenn junge Erwachsene mit besseren Bedingungen für die Kombination von substanzieller Erwerbs- und Care-Arbeit ihre Lebenspläne bezüglich Kindern und Erwerbsarbeit verwirklichen könnten, wäre die Geburtenrate deutlich höher – mit positiven Konsequenzen für den langfristigen Wohlstand in Deutschland; dies würde auch die langfristige ökonomische Gleichstellung stärken.

## Geburtenentwicklung und Frauenerwerbstätigkeit

Der Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenentwicklung wird auch international oft als schwer vereinbarer Gegensatz diskutiert. Allerdings sieht die Realität anders aus: Im Vergleich der hochentwickelten Länder gibt es seit mehreren Jahrzehnten (etwa seit Ende der 1980er Jahre) einen positiven Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Frauenerwerbsquote (Ahn & Mira 2002). In den Ländern, in denen viele Frauen und insbesondere Mütter erwerbstätig sind, bekommen die Menschen durchschnittlich auch mehr Kinder. Viele Studien zeigen, dass eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zentral für Frauenerwerbstätigkeit (Thévenon 2013) und Geburtenentwicklung (Bujard 2022)

ist, insbesondere ausreichend Kinderbetreuungsangebote, ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt und eine kulturelle Verankerung von Gleichstellung.

Der Anteil erwerbstätiger Frauen in Deutschland ist auch im internationalen Vergleich hoch, allerdings sind viele Mütter häufig langfristig in Teilzeit beschäftigt, oft mit einem Umfang von etwa einer halben Stelle. Die Geburtenrate lag in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 1970er zwischen 1,3 und 1,4 Kindern pro Frau. Dann ist sie – vor allem infolge des Paradigmenwechsels der Familienpolitik mit Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, der

Einführung des Elterngeldes und dem Ganztagschulausbau – in den 2010er Jahren auf 1,5 bis 1,6 angestiegen. Dieser Anstieg entspricht etwa 100 000 Geburten pro Jahr mehr. Seitdem liegt die Geburtenrate Deutschlands im europäischen Mittelfeld (Eurostat 2024). Seit 2022 ist sie infolge der multiplen Krisen europaweit drastisch eingebrochen, in Deutschland waren es 2023 nur noch 1,35 Kinder pro Frau (Bujard & Andersson 2024).

Die Geburtenraten sind europaweit (und auch in weiten Teilen Asiens) so niedrig, dass die Eltern- generation nur um ein Drittel durch die nach- folgende Generation ersetzt wird, was langfristig negative Konsequenzen für die Sozialsysteme und die Wirtschaftskraft hat (Bujard 2022). Bleibt es so, verschärfen sich Fachkräftemangel und Rentenlücke noch weiter; ein Anstieg der Geburten ist für den langfristigen Wohlstand elementar. Die Gründe für die niedrigen Geburtenraten sind unterschiedlich: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Baustein. Allerdings liegt inzwischen auch in den nordischen Ländern, die aufgrund der guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie lange Zeit europaweit mit die höchsten Geburtenraten hatten, die Geburtenrate nur noch bei Werten zwischen 1,3 und 1,5, was auf die subjektive Unsicherheit und multiple Krisen zurückzuführen ist. Entscheidend ist zudem, dass es dort mehr Kinderreiche gibt, also Paare, die sich für ein drittes Kind entscheiden.

## Wie viele Kinder möchten junge Menschen haben?

Zentraler Ausgangspunkt für politische Entscheidung sollte sein, welche Lebensvorstellungen die Menschen haben, hier insbesondere die Vorstellungen hinsichtlich Familie und beruflicher Ziele. Im Folgenden werden dazu aktuelle Einstellungen des familiendemografischen Panels FReDA (Bujard et al. 2024) skizziert, die jedes Jahr etwa 30 000 Personen im jungen und mittleren Erwachsenenalter (18-50 Jahre) befragt (Schneider et al. 2021). Dabei zeigt sich, dass die meisten jungen Menschen

sowohl eigene Kinder haben möchten, als auch Mütter und Väter in hohem Maße erwerbstätig sein wollen.

Als ideale Kinderzahl sehen junge Erwachsene (18-29 Jahre) im Durchschnitt 2,31 Kinder an. Dies ist die Antwort auf folgende Frage: „Wieviele Kinder würden Sie im Idealfall in Ihrem Leben gerne haben, wenn Sie alle Hindernisse beiseite lassen?“ Nur sehr wenige halten keine Kinder zu haben für ideal, Kinder zu haben wird weit überwiegend positiv gesehen. Bei der Frage nach den „realistischen“ Kinderwünschen – also unter Berücksichtigung der persönlichen beruflichen, gesundheitlichen und partnerschaftsbezogenen Konstellation – liegt der Durchschnitt bei den jungen Frauen bei 1,96 und bei den jungen Männern nur geringfügig niedriger. Diese Werte sind bisher auch trotz des realen Geburtenrückgangs nicht zurückgegangen. Etwa 57 Prozent der jungen Frauen (18-29 Jahre) wünschen sich zwei Kinder, 7 Prozent ein Kind, 22 Prozent drei oder mehr und 13 Prozent möchten keine eigenen Kinder haben.

Der Kinderwunsch ist also deutlich höher als die Geburtenrate, was zeigt, dass viele junge Menschen im Laufe des Lebens nicht die Kinderzahl realisieren, die sie eigentlich gerne hätten. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe wie z.B. körperliche Voraussetzungen, fehlende Partnerin bzw. fehlender Partner, ökonomische Unsicherheit oder erschwerte Vereinbarkeit mit beruflichen Realitäten (Balbo et al. 2013). Oft ist es eine Kombination mehrerer Gründe, weshalb der Kinderwunsch immer weiter aufgeschoben wird und es dann manchmal zu spät für die Elternschaft ist (Kreyenfeld & Konietzka 2017). Wenn junge Paare in ihrem Umfeld sehen, dass Kinderbetreuung verlässlich funktioniert und auch Mütter nach der Elternzeit wieder beruflich Fuß fassen, entscheiden sie sich eher für die Umsetzung ihrer Kinderwünsche.

Für die Entscheidung für ein zweites oder drittes Kind ist es auch bedeutsam, wie junge Familien ihre Lebenssituation wahrnehmen, insbesondere in der „Rushhour des Lebens“. Dies bezeichnet

die Lebensphase mit Kindern unter sechs Jahren, bei der die Belastung durch die hohen gleichzeitigen Anforderungen aus Fürsorge-, Erwerbs- und Hausarbeit besonders hoch ist (Panova et al. 2017). Wenn es Familien in dieser Phase gut geht – sie also ökonomische Sicherheit empfinden, gut wohnen, verlässliche Kita- und Schulinfrastruktur vorfinden, sie sich nicht permanent überlastet fühlen und Mütter bzw. Väter dabei gleichzeitig ihren Vorstellungen von Erwerbsarbeit und Zeit mit Kindern entsprechend leben können – entscheiden sie sich auch eher für ein weiteres Kind. Letztlich ist ein höherer Anteil von Familien mit drei Kindern entscheidend für einen Anstieg der Geburtenraten.

## Wie viel möchten junge Mütter und Väter arbeiten?

Bei der Frage nach der Arbeitszeit von Müttern erfolgt der Diskurs in Deutschland oftmals ideologisch und kontrovers. Einerseits gibt es Stimmen, die bei einer Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern eine zu geringe Zeit für die Kinder anführen, wobei die Rabenmutterdebatte zuletzt nachgelassen hat. Andererseits gibt es Stimmen, die bei einer Teilzeitbeschäftigung von Müttern ihnen Emanzipation und ökonomische Selbständigkeit absprechen. Letztlich leiden viele Mütter unter den widersprüchlichen Anforderungen, die von außen – Medien, Verwandte und Freunde – an sie herangetragen werden.

Ein entscheidender Punkt wird bei diesem Diskurs oft übersehen: Der Fürsorgebedarf von Kindern hängt elementar von ihrem Alter ab und damit auch die potenzielle Arbeitszeit von Müttern und Vätern. Sozialwissenschaftliche Befragungen haben vielfach vermeintlich egalitäre Einstellungen zutage gefördert, wonach die meisten jungen Väter und Mütter sich Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen. Allerdings erweisen sich diese Einstellungsfragen als zu grob, von sozialer Erwünschtheit verzerrt und als wenig

geeigneter Indikator für das spätere tatsächliche Erwerbsverhalten. In der FReDA-Erhebung wird daher nach der idealen Arbeitszeit für Mütter und Väter in verschiedenen Szenarien, in denen das Alter des jüngsten Kindes zwischen 2, 4, 8, 12 und 18 variiert, gefragt. Dabei zeigt sich, dass junge Erwachsene – auch solche ohne Kinder – ein differenziertes Verständnis davon haben, wie die Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf mit dem Heranwachsen der Kinder ansteigen und sich an familiäre Bedarfe anpassen sollte.

Die ideale Arbeitszeit für Mütter liegt demnach durchschnittlich bei 21 Erwerbsarbeitsstunden pro Woche, wenn das jüngste Kind zwei Jahre alt ist, steigt auf 30 an bei einem achtjährigem Kind und erreicht Vollzeit (36 Stunden), wenn das jüngste Kind 18 Jahre alt ist (Abb. 1). Die tatsächliche Arbeitszeit liegt deutlich unter diesen Idealvorstellungen, insbesondere ab dem Alter von 6 Jahren geht die Schere auf. Mütter von Schulkindern arbeiten durchschnittlich etwa vier bis sechs Stunden pro Woche weniger als es als ideal eingeschätzt wird. Dies hochgerechnet ergibt ein ungenutztes Potenzial von 645 000 Vollzeitäquivalenten.

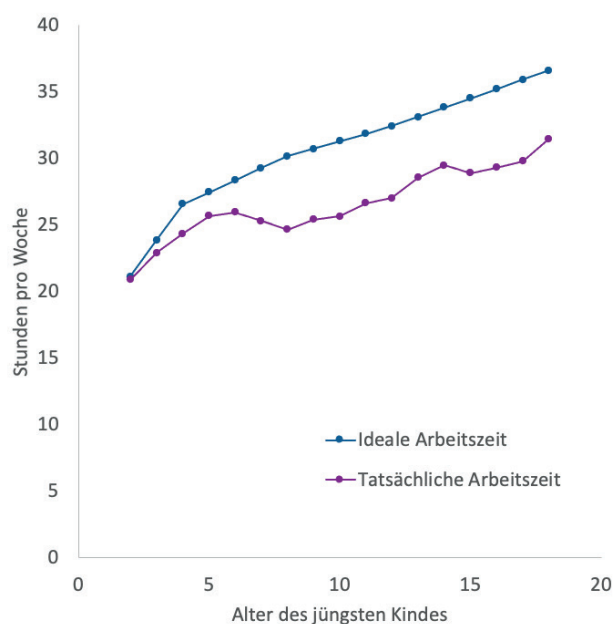


Abb. 1: Als ideal angesehene und reale Arbeitszeit von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes

Quelle: Bujard (2024) basierend auf FReDA Welle 1.

Bei Vätern liegt die von den FReDA-Befragten als ideal angesehene Arbeitszeit bei 34 Stunden, wenn das jüngste Kind zwei Jahre alt ist und steigt dann auf 36 (jüngstes Kind vier) an und bleibt konstant bei 38 Stunden, wenn das jüngste Kind zwischen 8 und 18 Jahre alt ist (Abb. 2). Im Gegensatz zu den Müttern liegt die tatsächliche Arbeitszeit deutlich über der idealen, insbesondere in der Rushhour des Lebens und in der Phase, in der parallel die Erwerbstätigkeit der Mütter nicht entsprechend den Wünschen der jungen Eltern ansteigt. Würden Väter in dieser Phase nur soviel Stunden arbeiten, wie es den Wünschen von Eltern (wohlgemerkt: sowohl den Wünschen von Männern als auch denen der Frauen) entspricht, wären es 320 000 Vollzeitäquivalente weniger für den Arbeitsmarkt. Insgesamt wäre es aber ein Gewinn von 325 000 Vollzeitäquivalenten, wenn man Mütter und Väter betrachtet. Zudem würde die Erwerbstätigkeit von Müttern erwachsener Kinder auch deutlich steigen. Hier ist für Frauen und Männer aber auch die Pflege der eigenen Eltern zu beachten.

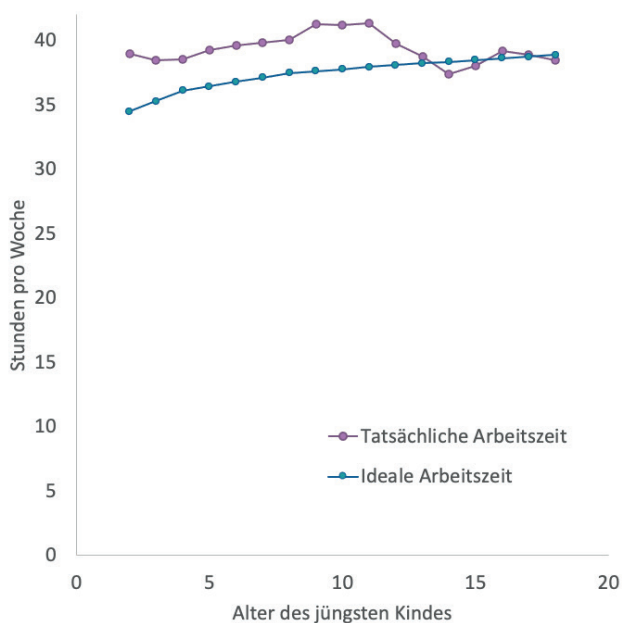


Abb. 2: Als ideal angesehene und reale Arbeitszeit von Vätern nach Alter des jüngsten Kindes

Quelle: Bujard (2024) basierend auf FReDA Welle 1.

## Wie viel möchten junge Mütter und Väter arbeiten?

Wenn junge Erwachsene ihre Lebenspläne bezüglich Kindern und Erwerbsarbeit verwirklichen könnten, wäre die Geburtenrate deutlich höher (mit positiven Konsequenzen für den langfristigen Wohlstand in Deutschland) und der Arbeitsmarkt würde auch davon profitieren; insbesondere würde das die langfristige ökonomische Gleichstellung von Frauen stärken. Damit die heutige und kommende Elterngenerationen ihre Wünsche realisieren können, ist eine verlässliche Vereinbarkeit durch gute Kinderbetreuung und Ganztagschulen sowie eine lebensphasenorientierte Politik wie die Dynamische Familienarbeitszeit (eaf 2022) notwendig (zu den Policy-Instrumenten siehe Beiträge von Wrohlich und Krebs).

Ohne eine deutliche Änderung bei der Beteiligung an Haus- und Fürsorgearbeit durch Väter lassen sich weder die Wünsche der jungen Generation noch die ökonomische Gleichstellung realisieren. Allerdings entspricht eine Reduzierung der Erwerbsarbeit um etwa vier bis fünf Stunden auch den Wünschen von Männern. Zudem hängen die Arbeitszeiten der Väter von denen ihrer Partnerinnen ab, hier sind die partnerschaftlichen Aushandlungsprozesse entscheidend (Hoherz & Bryan 2020). Wichtig ist außerdem, dass in bestimmten Lebensphasen Paare die Entscheidungen treffen (können), die ihren langfristigen Lebensvorstellungen entsprechen und sie damit nicht in die Traditionalisierungsfalle tappen. Das Engagement von Vätern ist von Beginn an notwendig, gerade im Anschluss an die Elternzeit. Umgekehrt ist es für viele Mütter hilfreich, das Teilen der Care-Arbeit auch zuzulassen, auch wenn Väter manches anders machen und überhöhte Ansprüche an die Fürsorgerolle und Erziehung zu hinterfragen (Damaske 2013).

Der Arbeitsmarkt sollte deutlich mehr Flexibilität zeigen und Karrierewege ohne Überstunden und in vollzeitnaher Teilzeit für Väter und Mütter ermöglichen. Dies ist eine explizite Anforderung

für Betriebe und Verantwortliche in der Personalführung, die Zeitkompetenz benötigen und ein Verständnis dafür, dass flexible wöchentliche Arbeitszeiten notwendig sind, die sich an Familienphasen orientieren und sukzessive mit dem Alter der Kinder ansteigen. Vor allem in Mitarbeitergesprächen gilt es, Mütter mit jüngeren Kindern frühzeitig in Richtung zunehmende Erwerbstunden zu unterstützen und sie besser als bisher zu fördern, was explizit Fortbildung, Projekt- oder Personalverantwortung und höhere Bezahlung einschließt. Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und der öffentliche Dienst sind hier gefordert.

## Warum ökonomische Gleichstellung sich langfristig mit anderen Zielen gut ergänzt.

Ökonomische Gleichstellung muss nicht zwingend ein Widerspruch zu anderen gesellschaftlichen Zielen sein, im Gegenteil: Es existiert eine komplementäre Zielstruktur. Verbesserungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die lebensphasenorientiert ist und den Wünschen der jungen Erwachsenen entspricht, kann mehrere Ziele gleichzeitig unterstützen:

- einen Anstieg der (vollzeitnahen) Müttererwerbstätigkeit, damit verbunden eine Reduzierung des Gender Pay Gaps und eine verbesserte ökonomische Gleichstellung von Frauen, die so langfristig individuell wirtschaftlich eigenständig sein können,
- die Teilhabe von Vätern an der Fürsorgearbeit, die zu einer besseren Bindung zu den Kindern beiträgt (auch in Fällen späterer Trennungen),
- Kitas und Ganztagschulen erhöhen Bildungschancen, gerade auch bei Kindern bildungsfernen Familien und solchen mit Migrationshintergrund (Schober & Spiess 2013),
- Geburtenraten steigen und Menschen können ihre persönlichen Kinderwünsche besser realisieren,
- dem Arbeitsmarkt steht so im Saldo mehr Arbeitszeit durch Fachkräfte zur Verfügung,

- die Partnerschaftsstabilität und das kindliche und elterliche Wohlbefinden profitieren davon.

Die längere Lebenserwartung und die längere Erwerbsphase sind wichtige Kontextfaktoren, um Familie und Beruf im Lebenslauf besser zu vereinbaren und lebensphasenadäquate Kombinationen von Beruf und Familie zu realisieren. Ein solches Gesellschaftsmodell, das die Rushhour des Lebens entzerzt und erfolgreiche berufliche Wege für engagierte Väter und Mütter offen hält, wäre ein großer gesellschaftlicher Fortschritt. Deutschland kann beim Thema Zeitpolitik auch aus internationaler Sicht ein Vorreiter sein und eine attraktive Zukunftsvision für Familien und die Gleichstellung von Frauen entwickeln. Hier lässt sich eine „große Erzählung“ entwickeln, die attraktiv ist, eine Anziehungskraft entwickelt und die man benötigt, um die dicken Bretter für die notwendigen Veränderungen auch erfolgreich bohren zu können.



## Literatur

- Ahn, N., & Mira, P. (2002):** A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries. *Journal of Population Economics*, 15(4), 667-682. <https://doi.org/10.1007/s001480100078>
- Balbo, N., Billari, F.C., & Mills, M. (2013):** Fertility in Advanced Societies: A Review of Research. *European Journal of Population* 29, 1-38. <https://doi.org/10.1007/s10680-012-9277-y>
- Bujard, M. (2022):** Demografischer Wandel. Reihe: Informationen zur politischen Bildung, 350, Hg. Bundeszentrale für Politische Bildung. [https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/lzPB\\_350\\_Demografischer-Wandel\\_barrierefrei.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/lzPB_350_Demografischer-Wandel_barrierefrei.pdf)
- Bujard, M. (2024). Rushhour des Lebens: Familien und Erwerbsarbeit im Lebensverlauf.** In: Statistisches Bundesamt, WZB, BiB (Hg.): *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 172-177.
- Bujard, M., Andersson, G. (2024):** Fertility Declines Near the End of the COVID-19 Pandemic: Evidence of the 2022 Birth Declines in Germany and Sweden. *European Journal of Population* 40, 4. <https://doi.org/10.1007/s10680-023-09689-w>
- Bujard, M.; Gummer, T.; Hank, K.; Neyer, F.J.; Pollak, R.; Schneider, N.F.; Spieß, C.K.; Wolf, C.; Bauer, I.; Börlin, S.; Bretsch, D.; Brüggemann, K.; Christmann, P.; Edinger, R.; Eigenbrodt, F.; Firl, K.; Frembs, L.; Groß, K.; Hoherz, S.; Kunz, T.; Lück, D.; Naderi, R.; Naumann, E.; Nutz, T.; Ohrlein, A.; Ruckdeschel, K.; Schmid, L.; Schumann, A.; Schumann, N.; Stein, A.; Thönnissen, C.; Ullrich, E. (2024):** FReDA – Das familiendemografische Panel. GESIS, Köln. ZA7777 Datenfile Version 4.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14195>
- Damaske, S. (2013)** Work, family, and accounts of mothers' lives using discourse to navigate intensive mothering ideals. *Sociology Compass*, 7(6), 436-444. <https://doi.org/10.1111/soc4.12043>
- Eurostat (2024):** Fertility Statistics. Online: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fertility\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fertility_statistics) (zugegriffen am 20.11.2024)
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) (2022):** Eckpunkte für die Einführung einer Dynamischen Familienarbeitszeit. [https://www.eaf-bund.de/sites/default/files/2022-09/Eckpunkte\\_Dynamische\\_Familienarbeitszeit.pdf](https://www.eaf-bund.de/sites/default/files/2022-09/Eckpunkte_Dynamische_Familienarbeitszeit.pdf) (zugegriffen am 20.11.2024)
- Hoherz, S., & Bryan, M. (2020):** Provider or father? British men's work hours and work hour preferences after the birth of a child. *Work, Employment and Society*, 34(2), 193-210. <https://doi.org/10.1177/0950017019870752>
- Kreyenfeld, M.; Konietzka, D. (2017):** Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences. Dordrecht: Springer.
- Panova, R., Sulak, H., Bujard, M., & Wolf, L. (2017):** Die Rush-hour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland*, 45-63.
- Schneider, N.F., Bujard, M., Wolf, C., Gummer, T., Hank, K.; Neyer, F.J. (2021):** Family Research and Demographic Analysis (FReDA): Evolution, Framework, Objectives, and Design of "The German Family Demography Panel Study". *Comparative Population Studies* 46. <https://doi.org/10.12765/CPoS-2021-06>
- Schober, P. S., & Spiess, C. K. (2013):** Early childhood education activities and care arrangements of disadvantaged children in Germany. *Child Indicators Research*, 6, 709-735. <https://doi.org/10.1007/s12187-013-9191-9>
- Thévenon, O. (2013):** Drivers of female labour force participation in the OECD. OECD Social, Employment and Migration Working Papers. <https://doi.org/10.1787/5k46civrngms6-en>

# „Nachhaltige Ökonomische Eigenständigkeit“ als notwendige Bedingung

Prof. Dr. Miriam Beblo

Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit ist eine Grundvoraussetzung – also notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung – für ökonomische Gleichstellung zwischen den Geschlechtern.

Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit (NÖE) ist zugleich Analysekonzept und politisches Ziel. Als Analysekonzept bietet NÖE entlang der drei Teildimensionen (1) aktuelle, (2) hypothetische und (3) zukünftige Eigenständigkeit einen Referenzrahmen zur Beurteilung existierender und geplanter Politikmaßnahmen und erlaubt internationale Vergleiche sowie Vergleiche im Zeitverlauf. Als politisches Ziel spricht NÖE insbesondere die Gleichstellungspolitik, aber auch Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik an.

Zur Erinnerung: Gemäß unserer Definition in Becker et al. (2023) ist eine Person ökonomisch umso eigenständiger, je besser sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von privater und staatlicher finanzieller Unterstützung bestreiten kann. Die ökonomische Eigenständigkeit einer Person ist zudem nachhaltig, wenn sie nicht nur aktuell besteht, sondern auch unter veränderten Lebensumständen, wie beispielsweise Krankheit, Trennung, Tod des Partners oder Eintritt in den Ruhestand, hypothetisch und zukünftig bestehen bleibt. Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit bedeutet also, ausreichend gegen Veränderungen in diesen Lebensumständen abgesichert zu sein. Nachhaltigkeit erfordert außerdem, dass die aktuelle Eigenständigkeit nicht zulasten der zukünftigen Eigenständigkeit geht, bspw. durch kurzfristige Optimierung der Erwerbsform, Arbeitszeit oder Steuerklasse.

Das Ziel der NÖE nimmt das Individuum in den Blick, während sich das Ziel ökonomische Gleich-

stellung (zwischen den Geschlechtern) auf das Verhältnis zwischen Individuen bezieht (hier: Frauen und Männer). Beide Ziele sind stark miteinander verflochten: Während eine stärkere Gleichstellung Frauen i.d.R. eigenständiger macht, lässt sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern unter anderem über den unterschiedlichen Grad ökonomischer Eigenständigkeit messen. Sie bedingen sich aber nicht in gleicher Weise: So können Frauen und Männer zwar jeweils ökonomisch eigenständig, dabei aber nicht unbedingt gleichgestellt sein, wenn sie bspw. ungleiche Erwerbsbedingungen haben. Umgekehrt kann zwar eine monetäre Gleichstellung vorliegen, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt alle über die gleichen Mittel verfügen, auch ohne sie selbst erwirtschaftet zu haben oder langfristig erwirtschaften zu können, also nachhaltig ökonomisch eigenständig sind. So lange sich Handlungsspielräume und Entscheidungsmacht zwischen den Geschlechtern unterscheiden, stellt dies aber keine echte ökonomische Gleichstellung dar. Notwendige Voraussetzung für ökonomische Gleichstellung ist somit die NÖE, die unabhängig von den aktuellen Lebensumständen, d.h. dem Familienstand, der Haushaltskonstellation oder der Lebensphase, besteht.

Staatliche Rahmenbedingungen beeinflussen ökonomische Gleichstellung sowohl direkt (durch Gesetze wie das AGG, Gleichstellungsmaßnahmen, Quoten etc.) als auch indirekt, nämlich

über die Herstellung von NÖE. NÖE-förderliche Rahmenbedingungen sind solche, die die Erwerbstätigkeit (insbes. von Frauen) erleichtern bzw. nicht behindern. Wie in der Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Leistungen und zahlreichen Studien nachgewiesen, reichen sie vom Ausbau des Kinderbetreuungsangebots zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zur Abschaffung von Fehlanreizen im Steuer- und Abgabensystem (Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung). In Beblo und Boll (2014) unterscheiden wir eine familienpolitische Strategie, die im Vorhinein (ex ante) auf ausgeglichene Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten von Frauen und Männern hinwirkt, von einer Strategie der (ex post) Kompensation geringeren Einkommens nach einseitiger Übernahme von Sorgearbeit. In diesem Sinne besteht ein Gleichklang zwischen ex-ante-orientierter Familienpolitik und Gleichstellungspolitik zur Erreichung des (Zwischen-)Ziels NÖE – mit der Vision der ökonomischen Gleichstellung zwischen den Geschlechtern.

## Literatur

Beblo, M, Boll, C (2014): Ökonomische Analysen des Paarverhaltens aus der Lebensverlaufsperspektive und politische Implikationen, DIW-Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2014, 121-144.

Becker, D, Jäger, J, Schäfer, M, Beblo, M (2024): Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit: Begriffsbestimmung, Konzipierung und Einflussfaktoren, Projektbericht für das Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend.

# Wirtschaftliche Eigenständigkeit: Ein Ziel mit großer Bedeutung für Bürger:innen

Simone Kaiser und Jessica Wulf

Wirtschaftliche Eigenständigkeit bedeutet Frauen und Männern viel. Sie steht für Freiheit, Zufriedenheit und Selbstbestimmung. Zur Stärkung wirtschaftlicher Eigenständigkeit ist es wichtig, Frauen und Männern mehr Wissen über individuelle Gestaltungsmöglichkeiten zu vermitteln – und unterstützende Rahmenbedingungen durch Politik und Arbeitgeber:innen zu schaffen.

## 1.) Hintergrund und Fragestellung

Das Forschungsprojekt „Wirtschaftliche Eigenständigkeit im Laufe des Lebens“ ging in einem qualitativen und partizipativen Forschungsansatz der **subjektiven Dimension** der wirtschaftlichen Eigenständigkeit nach. Basierend auf der von Becker et al. 2024 erarbeiteten Definition von ökonomischer Eigenständigkeit war es Ziel in einem qualitativen Forschungsansatz zu überprüfen, was Bürger:innen mit wirtschaftlicher Eigenständigkeit verbinden und besser zu verstehen, wie Menschen Entscheidungen in Bezug auf Ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit treffen. Auf dieser Grundlage haben wir Ansatzpunkte für die nachhaltige Stärkung wirtschaftlicher Eigenständigkeit identifiziert.

In insgesamt fünf **Lebenszeit-Laboren** im Winter 2023/2024 haben wir an unterschiedlichen geographischen Orten in Deutschland mit knapp 100 Personen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensphasen über ihre persönlichen Erfahrungen, Herausforderungen und Wünsche in Bezug auf wirtschaftliche Eigenständigkeit gesprochen. Die Ergebnisse aus den Lebenszeit-

Laboren wurden anschließend mit Stakeholdern aus Wirtschafts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Interessenverbänden in einer **Gestalter:innen-Werkstatt** diskutiert und gemeinsam Ideen erarbeitet, wie mehr Menschen unterstützt werden können, wirtschaftliche Eigenständigkeit zu erreichen. Die Ergebnisse sind ausführlich unter [www.wirtschaftlich-eigenstaendig.de](http://www.wirtschaftlich-eigenstaendig.de) dokumentiert.

## 2.) Eine Chance auf „Freiheit, Zufriedenheit und Selbstbestimmung“

Zu Beginn der Lebenszeit-Labore wurden alle Teilnehmenden gefragt, was wirtschaftliche Eigenständigkeit für Sie ganz persönlich bedeutet. Dabei waren sich die Teilnehmenden in einem besonders einig: Wirtschaftliche Eigenständigkeit bedeutet Menschen viel. Sie steht für Freiheit Zufriedenheit und Selbstbestimmung. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich: Sie ist nicht immer leicht zu erreichen.



unzureichend und im Konflikt mit Erwerbsarbeit benannt.

„Man hat permanent Ausnahmen – entweder ist das Kind krank oder die Kita mal wieder geschlossen.“  
(Teilnehmerin, Mitte 30)

Darüber hinaus wurde die **Intransparenz** über staatliche Unterstützungsmöglichkeiten als Hindernis erlebt – wenn Anträge gestellt werden können, sind diese meist schwierig auffindbar und kompliziert. Diese Perspektive kam ganz besonders von Alleinerziehenden, die Ansprüche auf unterschiedliche Unterstützungsleistungen haben, jedoch besonders wenig Zeit haben, sich mit diesen Anträgen auseinander zu setzen.

„Als Alleinerziehende habe ich zwar Anspruch auf Unterstützungsleistungen. Herauszufinden welche das sind und wie ich die beantrage, ist kompliziert und kostet sehr viel Zeit – die ich nicht habe.“  
(Teilnehmerin, Ende 30)

**Gesetze**, die eine traditionelle Rollenaufteilung finanziell begünstigen und bis heute gelten, wurden von den Teilnehmenden ebenfalls als sehr hinderlich empfunden, weil sie die falschen Anreize setzen. Als Beispiel wurde wiederholt das Ehegattensplitting genannt.

„Die finanziellen Vorteile sollten doch nicht daran geknüpft sein, ob man verheiratet ist, sondern ob man Kinder hat!“  
(Teilnehmerin, Ende 20)

## 4.) Fazit und Empfehlungen

Wirtschaftliche Eigenständigkeit bedeutet Bürger:innen viel. Sie steht für Freiheit, Zufriedenheit und Selbstbestimmung. Zur Stärkung wirtschaftlicher Eigenständigkeit ist es wichtig, Frauen und Männern mehr, alltagsnah und chancenorientiert individuelle Gestaltungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Eigenständigkeit zu vermitteln – jenseits traditioneller Rollenbilder. Darüber hinaus gilt es durch Politik und Unternehmen unterstützende Rahmenbedingungen zu schaffen für mehr Care-Arbeit von Männern – nach unseren Ergebnissen eine der wichtigen Voraussetzung für die weitere Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

**1. Mehr Wissensvermittlung zu wirtschaftlicher Eigenständigkeit:** Es braucht mehr alltagsnahes Wissen über die finanziellen Auswirkungen von Lebensentscheidungen sowie individuelle Gestaltungsmöglichkeiten jenseits traditioneller Rollenbilder. Die Vermittlung sollte an Orten stattfinden, die Menschen ohnehin frequentieren. Die „Lebenskarte Eigenständigkeit“ bündelt bereits zentrale Informationen und kann noch erweitert werden.

**2. Chancenorientierte Kommunikation zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit:** Zur Stärkung wirtschaftlicher Eigenständigkeit bedarf es Kommunikationsstrategien, die neben den Frauen auch Paare adressieren. Positive Auswirkungen der wirtschaftlichen Eigenständigkeit für die Paarbeziehung sollten dabei deutlich werden, wie beispielsweise mehr Partnerschaftlichkeit, wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und Resilienz.

**3. Wirtschaftliche Eigenständigkeit braucht mehr Care-Arbeit durch Männer:** Mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen braucht eine gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit. Dies braucht auch politische Anreizstrukturen, die eine gleichberechtigte Aufgabenteilung fördern.

**4. Kinderbetreuung weiter verbessern:** Die Kinderbetreuungsinfrastruktur von Kitas bis in den Schulhort muss weiter verbessert werden: Es braucht mehr (quantitativ) sowie bessere und verlässlichere (qualitativ) sowie flächendeckend gut leistbare Angebote.

**5. Bewusstsein für Care-Arbeit als Normalzustand schärfen:** Viele Arbeitnehmende haben Fürsorgeverantwortung – für ihre Kinder und immer mehr auch für ihre Eltern. Vor diesem Hintergrund gilt es, Fürsorgeverantwortung als Normalität von Beschäftigten und Führungskräften anzuerkennen. Für Arbeitgebende gilt es, diesen Kulturwandel weiter zu unterstützen.

# Wirtschaftliche Eigenständigkeit: Wunsch und Wirklichkeit

Dr. Silke Borgstedt, Franziska Jurczok

Die wirtschaftliche Eigenständigkeit ist fast allen Frauen und Männern in Deutschland wichtig oder sogar sehr wichtig, sie gelingt jedoch infolge hoher Lebenshaltungskosten derzeit nur knapp der Hälfte. Zur Förderung der Eigenständigkeit bietet es sich an, den Fokus auf diejenigen Gruppen zu legen, die derzeit schon gern mehr arbeiten möchten, denen aber die Möglichkeit dazu fehlt – und in Arbeitswelt und von staatlicher Seite Anreize zu schaffen für partnerschaftliche Modelle, die ungleich verteilte Erwerbszeiten nicht festschreiben, sondern Anpassungen im Lebensverlauf leichter und risikofreier ermöglichen.

*Im Rahmen einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung befragte das Sinus-Institut im Oktober und November 2024 Menschen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren (n=4.000) zu Wahrnehmung und Bedarfen im Kontext wirtschaftlicher Eigenständigkeit. Diese Zusammenfassung basiert auf ausgewählten ersten Erkenntnissen.*

**Das Ziel der wirtschaftlichen Eigenständigkeit für Männer und Frauen wird gesellschaftlich breit getragen, allerdings fühlt sich knapp die Hälfte der Bevölkerung infolge hoher Lebenshaltungskosten nicht eigenständig.**

92 % der Bevölkerung geben an, dass es für sie wichtig ist, wirtschaftlich eigenständig zu sein (55% sehr wichtig, 37% eher wichtig). Dabei gibt es kaum Unterschiede nach Alter, Geschlecht oder sozioökonomischem Status zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Tatsächlich eigenständig fühlen sich in ihrer derzeitigen Lebenssituation jedoch nur 46 Prozent der Menschen in Deutschland (Werte 8-10

auf einer 10er Skala). Etwa jede:r Zweite sagt: „Ich würde mir wünschen, wirtschaftlich eigenständiger zu sein, aber es ist nicht möglich.“ Sowohl Menschen ohne als auch mit Kindern (ab Grundschulalter) begründen dies am häufigsten mit hohen Lebenshaltungskosten

Mit dem Lebensalter steigt das Gefühl, ökonomisch eigenständig zu sein. Das gilt im Besonderen für Menschen ab 50 Jahren bzw. für die Phase, wenn die Kinder aus dem Haus sind. Mit steigendem Alter der Kinder steigt auch der Wunsch sowie das Gefühl, wirtschaftlich eigenständig sein zu wollen und zu können. Die meisten Frauen und Männer fühlen sich zunehmend in sicheren Fahrwassern.

**Wirtschaftliche Eigenständigkeit ist auch ein „Männerthema“**

Männer fühlen sich nur geringfügig eigenständiger (+6 Prozentpunkte ggü. Frauen) und auch in dieser Gruppe gibt fast jeder Zweite an, gern eigenständiger sein zu wollen, ohne dass dies gelänge. Insbesondere Männer mit niedrigem Bildungs-



niveau und mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen zählen zu dieser Gruppe. Neben zu hohen Lebenshaltungskosten berichten diese auch häufig von gesundheitlichen Einschränkungen.

### **Die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Eigenständigkeit ist bei Paaren von der Erwerbskonstellation bestimmt**

In Paarbeziehungen fühlen sich Menschen wirtschaftlich sicherer und schätzen ihre Eigenständigkeit besser ein als Singles. Am besten bewerten dabei Paare ihre Situation, wenn beide Vollzeit arbeiten. In Zeiten ökonomischer Unsicherheit sehen viele Menschen sich in Beziehungen grundsätzlich resilienter aufgestellt als allein. Es zeigt sich jedoch auch: Im Zuverdiener:innenmodell bewerten Frauen zwar die wirtschaftliche Situation ihres Haushaltes gut, nicht jedoch ihre individuelle wirtschaftliche Eigenständigkeit.

### **Die wichtigsten Ansatzpunkte für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit finden sich für die Befragten in der Arbeitswelt.**

Konkret bräuchte es aus Sicht der meisten Befragten mehr Geschlechtergerechtigkeit im Beruf und mehr Flexibilität seitens der Arbeitgeber, z.B. durch flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit zur Arbeit im Home-Office: 49% bzw. 35% der Befragten wählen diese in einer Liste von 12 Lösungsvorschlägen in die Top 3. Ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die Anpassung der staatlichen Rahmenbedingungen, welche derzeit noch traditionelle Rollenbilder verfestigen, werden ebenfalls von etwa 1/3 der Befragten als prioritär empfunden.

Danach gefragt, ob Männer mehr Care-Arbeit übernehmen sollten, herrscht in der Bevölkerung Uneinigkeit: 57% der Befragten stimmen zu, dass diese stärker als bisher familiäre Aufgaben übernehmen müssten, unter den Männern selbst stimmt jeder Zweite zu, unter den Frauen 64 Prozent. Hier lohnt aber ein tieferer Blick: 69% Prozent der Männer mit Kindern im Vorschul-

alter und 60 % der Männer mit pflegebedürftigen Angehörigen im Haushalt würden gern der Familie oder Pflege von Angehörigen mehr Zeit widmen.

30 Prozent stufen die finanzielle Förderung von Paaren, die beide vollzeitnah arbeiten und Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, als dringende Maßnahme ein. Dahinter versammeln sich v.a. Paare, bei denen beide bereits in Vollzeit arbeiten.

## **Potentiale zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit**

### **1. Wunsch nach Eigenständigkeit durch Rahmenbedingungen ermöglichen**

Für die Förderung der Eigenständigkeit bietet es sich an, den Fokus primär auf diejenigen Gruppen zu legen, die derzeit schon gern mehr arbeiten möchten, denen aber die Möglichkeit dazu fehlt. Das sind vor allem Personen mit pflegebedürftigen Angehörigen und Alleinerziehende, sowie Paare mit etwas größeren Kindern. Diese gilt es zu entlasten und gleichzeitig die Erwirtschaftung eigenen Einkommens, das Eigenständigkeit ermöglicht, zu befördern.

Verbesserte Rahmenbedingungen sollten nicht nur auf den Status Quo fokussieren, sondern vorausschauend eine nachhaltige wirtschaftliche Eigenständigkeit fördern. Günstig wäre eine Art Frühwarnsystem für sich in Kürze öffnende Eigenständigkeits-Fenster. Dies betrifft Familien, in denen die Kinder bereits größer sind oder ausziehen. Grundsätzlich ist aber auch eine Sensibilisierung jüngerer Menschen sinnvoll, damit diese bereits deutlich vor der Familiengründung mit dem Thema in Berührung kommen, bevor die Handlungs- und Anpassungsmöglichkeiten schwinden.

### **2. Anreize schaffen für partnerschaftlich gelebte Familienmodelle**

Sowohl in der Arbeitswelt als auch von staatlicher

Seitens der Arbeitgeber sollten Anreize für partnerschaftlich gelebte Modelle ausgebaut werden, die eine individuelle wirtschaftliche Eigenständigkeit befördern. Mit Blick auf die Arbeitswelt nennen die Befragten insbesondere gerechte Entlohnung und flexiblere Arbeitsbedingungen bzw. Home-Office. Seitens staatlicher Rahmenbedingungen können neben dem Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere steuerbezogene oder monetäre Anpassungen helfen, um ungleich verteilte Erwerbszeiten nicht festzuschreiben, sondern Anpassungen im Lebensverlauf leichter und risikofreier zu ermöglichen.



# Ist die Gesellschaft bereit für Reformen?

## Wünsche und Einstellungen zur Erwerbs- und Care-Arbeit von Frauen und Männern

Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Erwerbs- und Sorgearbeit ist in Deutschland zwischen Müttern und Vätern nach wie vor sehr ungleich aufgeteilt. Repräsentative Umfragen zeigen, dass die Einstellungen und Wünsche zur idealen Arbeitsteilung egalitärer sind als die gelebte Wirklichkeit. Ein Grund für diese Diskrepanz liegt im deutschen Steuer- und Transfersystem, insbesondere im Zusammenspiel von Ehegattensplitting und der steuerlichen Behandlung von Einkünften aus Minijobs. Reformen in diesem Bereich könnten dazu beitragen, dass Paare ihre Wünsche einer gleichmäßigeren Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit verwirklichen.

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Erwerbsarbeit sowie bei der unbezahlten Sorgearbeit sind in den vergangenen Jahren vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Gleichzeitig gibt es in Deutschland nur geringe messbare Fortschritte beim Abbau dieser Ungleichheiten. Nach wie vor gibt es große geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Erwerbsarbeitszeit. So liegt beispielsweise der Teilzeitanteil unter den beschäftigten Frauen bei 50 Prozent, während

er bei Männern nur 13 Prozent beträgt.<sup>1</sup> Ebenso ist der Gender Care Gap – also der geschlechtsspezifische Unterschied in der Zeit, die für unbezahlte Sorgearbeit aufgewendet wird – in Deutschland nach wie vor sehr hoch.<sup>2</sup> Besonders groß sind diese Unterschiede bei Paaren mit Kindern. Die Mehrheit dieser Paare lebt in Deutschland nach dem sogenannten „Zuverdienermodell“, bei dem der Vater Vollzeit und die Mutter in Teilzeit oder geringfügig erwerbstätig ist.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Zahlen des Statistischen Bundesamtes, verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Gleichstellungsindikatoren/teilzeitquote-f25.html>, abgerufen am 18.10.2024.

<sup>2</sup> Nach Angabe des Statistischen Bundesamtes beträgt der Gender Care Gap aktuell 44 Prozent. Das bedeutet, dass Frauen 44 Prozent mehr Zeit (das entspricht pro Tag 1 Stunde und 19 Minuten) für unbezahlte Sorgearbeit wie Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen verbringen als Männer. Siehe dazu [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24\\_073\\_63991.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_073_63991.html), abgerufen am 18.10.2024.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu z.B. Ludovica Gambaro et al. (2024): Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit bei Eltern: Wunsch und Wirklichkeit liegen teils weit auseinander. DIW Wochenbericht Nr. 29, S.460-466.

Während diese tatsächlich beobachtete Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit von großen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten geprägt ist, deuten einige aktuelle Umfragen zu Arbeitszeitwünschen darauf hin, dass die ungleiche Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit von einem erheblichen Teil der jungen Familien als nicht ideal angesehen wird. So nennt zum Beispiel der Väterreport 2023 Umfrageergebnisse, nach denen etwa die Hälfte der befragten Väter angibt, dass idealerweise Väter und Mütter jeweils die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen sollen – in nur 21 Prozent der Familien ist das aber tatsächlich der Fall.<sup>4</sup>

Weitere Ergebnisse repräsentativer Umfragen zeigen, dass die Vorstellungen über die ideale Aufteilung der Erwerbsarbeit bei Paaren mit Kindern unter zwölf Jahren in der Bevölkerung deutlich egalitärer sind als die gelebte Wirklichkeit der Paare mit Kindern der entsprechenden Altersgruppe. Zwar hält eine Mehrheit der Befragten, insbesondere in Westdeutschland, das „Zuverdienermodell“ für eine wünschenswerte Erwerbskonstellation für Paare mit Kindern im Alter von zwei Jahren. Für Paare mit älteren Kindern, beispielsweise im Grundschulalter, hält jedoch eine Mehrheit der Befragten eine gleiche Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern für wünschenswert.<sup>5</sup>

Es mag zahlreiche individuelle Gründe geben, warum die gelebte Arbeitsteilung von der als ideal erachteten Arbeitsteilung abweicht. Arbeitsbedingungen, die es nicht ermöglichen, die gewünschte Arbeitszeit umzusetzen, können ebenso eine Rolle spielen, wie strukturelle Restriktionen wie zum Beispiel fehlende Kinderbetreuungsplätze. Zusätzlich jedoch setzt das deutsche Steuer- und Transfersystem für

verheiratete Paare Anreize, die vor allem das Modell „Vater arbeitet Vollzeit, Mutter arbeitet im Minijob“ – zumindest kurzfristig – finanziell sehr attraktiv machen. Dies liegt am Zusammenspiel von Ehegattensplitting, steuerlicher Behandlung der Einkünfte aus Minijobs und beitragsfreier Mitversicherung von Ehepartner:innen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Will die Politik geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und bei der Aufteilung der unbezahlten Sorgearbeit abbauen, sollten Reformen in den genannten Bereichen des Steuer- und Transfersystems auf den Weg gebracht werden. Konkrete Reformvorschläge dazu, insbesondere zu einer Reform des Ehegattensplittings, liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch.<sup>6</sup> Diese Art von Reformen könnten es vielen Paaren mit Kindern ermöglichen, ihre gelebte Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit stärker mit ihren Wünschen und Idealvorstellungen in Einklang zu bringen.

---

4 BMFSFJ (2023): Väterreport 2023: Entwicklungen und Daten zur Vielfalt der Väter in Deutschland.

5 Vgl. hierzu Gambaro et al. (2024) a.a.O.

6 Vgl. z.B. Björn Fischer et al. (2020): Reform des Ehegattensplittings: Realsplitting mit niedrigem Übertragungsbetrag ist ein guter Kompromiss. DIW Wochenbericht Nr. 41, S. 785.794.

# Kosten ökonomischer Ungleichstellung

Prof. Tom Krebs, Ph.D.

Die wirtschaftlichen Kosten einer Politik des Nicht-Handelns in Bezug auf die ökonomische Gleichstellung der Frauen sind hoch. Wenn es bedarfsdeckende Angebote für Kinderbetreuung und zur Unterstützung der häuslichen Pflege gäbe, würden bis 2030 zusätzliche 600.000 Vollzeitäquivalente in der Frauenerwerbstätigkeit entstehen und das Bruttoinlandsprodukt um jährlich 60 Milliarden Euro (1,5%) steigen. Die Erwerbseinkommenslücke der Frauen mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen würde gleichzeitig um rund vier Prozentpunkte sinken und die fiskalischen Nettomehreinnahmen bis 2035 auf jährlich rund 14 Milliarden Euro ansteigen. Zusätzlich zum Ausbau der Infrastruktur zur Ganztagsbetreuung von Kindern und dem Ausbau der Infrastruktur zur häuslichen Pflege braucht es eine Reform des Steuersystems und monetärer Leistungen, um substantielle und lohnende Erwerbstätigkeit mit Partnerschaftlichkeit zu verbinden und damit die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen und Männern mit Care-Verantwortung zielgenau zu stärken.

## 1. Ausgangslage und Fragestellung

Die ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern ist erklärtes Ziel der Bundesregierung (BMWK, 2024; BMFSFJ, 2024). In dieser Kurzstudie werden die gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Kosten einer Politik abgeschätzt, die die notwendigen Rahmenbedingungen für ökonomische Gleichstellung nicht gewährleistet und damit die geschlechterspezifische ökonomische Ungleichheit verstärkt („schlechte“ Rahmenbedingungen). Anders gesagt: Was verlieren Wirtschaft und Fiskus durch eine Politik des Nicht-Handelns in Bezug auf die ökonomische

Gleichstellung der Frauen? Dabei liegt der Fokus der Analyse auf den gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Kosten, die dadurch entstehen, dass aufgrund schlechter Rahmenbedingungen die Partizipation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt ist.

Konkret werden in der vorliegenden Kurzstudie erstmals die Auswirkungen eines Ausbaus der Infrastruktur zur Ganztagsbetreuung von Kindern in Kitas und an allgemeinbildenden Schulen zusammen mit dem Ausbau der Infrastruktur zur Unterstützung der häuslichen Pflege von Familienangehörigen untersucht. Ausgehend von

der aktuellen Situation, in der Frauen größtenteils Betreuungsaufgaben übernehmen, wird ein Szenario betrachtet, in dem die Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur bis 2030 massiv ausgeweitet wird und Frauen mit Kindern bzw. pflegebedürftigen Angehörigen oder nahestehenden Personendeshalb ihre Erwerbstätigkeit ausweiten.<sup>1</sup> Die Analyse konzentriert sich auf die langfristigen Effekte der verbesserten Rahmenbedingungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion (Wirtschaft), die fiskalischen Nettomehreinnahmen (öffentliche Finanzen) und die Einkommenslücke zwischen Männern mit Kindern bzw. pflegebedürftigen Angehörigen und Frauen mit Kindern bzw. pflegebedürftigen Angehörigen (Ungleichheit). Die hier durchgeführten Berechnungen verwenden die Ergebnisse von Simulationsanalysen, die auf Basis eines mikrofundierte makroökonomischen Modells der deutschen Volkswirtschaft durchgeführt wurden (Krebs und Scheffel, 2017, 2019).

## 2. Ergebnisse

In dem betrachteten Szenario werden die Ganztagsbetreuung an den Kitas und allgemeinbildenden Schulen sowie die ambulanten Pflegemöglichkeiten zur Entlastung der häuslichen Pflege bis 2030 stark ausgebaut. Es werden eine halbe Million zusätzliche Kitaplätze und zwei Millionen zusätzliche Ganztagsplätze an den allgemeinbildenden Schulen geschaffen. Im Pflegebereich werden zusätzliche Möglichkeiten der ambulanten Tagespflege für rund zwei Millionen pflegebedürftige Personen geschaffen. Dieser Ausbau der Kitas, Schulen und ambulanten Pflege deckt in etwa den bestehenden Bedarf an zusätzlicher Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur – siehe Abschnitt 4.

Die verbesserten Rahmenbedingungen in Betreuung und Pflege führen zu einer Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit, steigern die gesamtwirtschaftliche Produktion und reduzieren die Einkommenslücke aufgrund verschiedener Wirkmechanismen. Zum einen erhöhen sich das Arbeitsvolumen und die Arbeitsproduktivität der betroffenen Frauen, wobei der Produktivitätsanstieg auf einen Zuwachs der Vollzeitbeschäftigung relativ zur Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Zum anderen gibt es indirekte Effekte. Beispielsweise erhöhen sich die privaten Investitionen, weil die erhöhte Erwerbstätigkeit der Frauen den Fachkräftemangel reduziert. Die hier genannten Simulationsergebnisse berücksichtigen neben den direkten auch solche indirekten Effekte.

Im Ausbau-Szenario kommt es bis 2030 zu einer Steigerung der Erwerbstätigkeit der betroffenen Frauen um rund 600.000 vollzeitäquivalente Stellen und zu einem Anstieg des jährlichen Bruttoinlandsprodukts von 60 Milliarden Euro bzw. 1,5 Prozent. Zudem erreichen die fiskalischen Nettomehreinnahmen 2030 den break-even-Punkt und steigen bis 2035 auf jährlich 14 Milliarden Euro an. Die fiskalischen Nettomehreinnahmen sind definiert als die Differenz der Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und den Mehrausgaben aufgrund der zusätzlichen Sachinvestitionen und der gestiegenen Personalkosten. Die Einkommenslücke zwischen Männern mit Kindern bzw. Pflegebedürftigen und Frauen mit Kindern bzw. Pflegebedürftigen sinkt um 4 Prozentpunkte von rund 53 Prozent auf 49 Prozent. In diesem Sinne belaufen sich die wirtschaftlichen Kosten fehlender ökonomischer Gleichstellung auf jährlich 60 Milliarden Euro. Dies sind die wirtschaftlichen Kosten einer Politik des Nicht-Handelns.

---

<sup>1</sup> Darüber hinaus hat der Ausbau der Ganztagsbetreuung bzw. des Ganztagsunterrichts an den Kitas und Schulen einen positiven Effekt auf den Bildungserfolg der betroffenen Kinder, wenn das Betreuungs- bzw. Bildungsangebot eine entsprechend hohe Qualität aufweist. Der gesteigerte Bildungserfolg führt langfristig zu einer Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Erwerbsbevölkerung und somit zu einer Produktivitätssteigerung (Krebs und Scheffel, 2017, 2021). Dieser Bildungseffekt wird in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt.

### 3. Methode

Die ökonomische Gleichstellung der Frauen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen wird durch einen messbaren und aussagekräftigen Indikator dargestellt: Der Erwerbseinkommenslücke zwischen Männern mit Kindern bzw. Pflegebedürftigen und Frauen mit Kindern bzw. Pflegebedürftigen. Diese Einkommenslücke wurde bereits in verschiedenen quantitativen Untersuchungen verwendet (Krebs, 2017, 2019, 2024) und ist definiert als die Differenz des durchschnittlichen (erwarteten) jährlichen Bruttoerwerbseinkommens der betroffenen Männer und Frauen. Sie setzt sich zusammen aus der entsprechenden Lohnlücke und der Arbeitszeitlücke und beträgt derzeit rund 53 Prozent. Der Indikator ist eng angelehnt an das Konzept der nachhaltigen ökonomischen Eigenständigkeit (Becker et al., 2024).

Die quantitative Analyse stützt sich auf die Simulationsanalysen von Krebs und Scheffel (2017, 2019), die ein mikrofundiertes makroökonomisches Modell der deutschen Volkswirtschaft mit heterogenen Haushalten und einem Arbeitsmarkt mit Sucharbeitslosigkeit verwenden.<sup>2</sup> Dabei wird die Erwerbstätigkeit der Frauen in drei Erwerbsarten eingeteilt – Mini-Job, Teilzeit und Vollzeit – und die Entscheidung zwischen den verschiedenen Formen der Erwerbstätigkeit explizit modelliert. In diesen Arbeiten wurden bereits die Auswirkungen des Ausbaus der Kinderbetreuung bzw. des Ganztagsunterrichts an Kitas und allgemeinbildenden Schulen auf die Einkommenslücke, das jährliche Bruttoinlandsprodukt und die jährlichen Nettomehreinahmen der öffentlichen Hand untersucht. Dabei wurde angenommen, dass ein zusätzlicher „Kitaplatz“ einer Halbtagsbetreuung an jedem Werktag und ein zusätzlicher „Schulplatz“ einer Nachmittagsbetreuung an drei Wochentagen entspricht. Die

Ergebnisse der vorliegenden Kurzstudie beruhen auf einfachen Berechnungen auf Basis der in Krebs (2017,2019) durchgeführten Simulationsanalysen.

### 4. Bedarf

In den letzten 20 Jahren ist die Kindertagesbetreuung sehr stark ausgebaut worden, doch es besteht immer noch ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Plätzen. Bertelsmann (2023) schätzt einen zusätzlichen Bedarf von insgesamt 430.000 Plätzen, wobei der größte Teil mit 310.000 Plätzen im U3-Bereich besteht. Das IW (2024) schätzt einen zusätzlichen Bedarf von 306.000 Plätze für unter Dreijährige. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass bereits vorhandene Kita-Plätze oft nur ein beschränktes Angebot haben und damit auch die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit der betroffenen Eltern eingeschränkt ist. In dem analysierten Szenario wird daher ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur betrachtet, der einem effektiven Bedarf von 500.000 zusätzlichen Kita-Plätzen entspricht. Dies berücksichtigt noch nicht eine breite Verbesserung des Personalschlüssels, der ein qualitativ hochwertiges Angebot flächendeckend gewährleistet (AG Frühe Bildung, 2024) und dadurch auch einen positiven Effekt auf die Erwerbsbeteiligung entfalten kann.

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter wird ein Bedarf von rund 580.000 zusätzlichen Plätzen geschätzt, wenn die Ganztagsquote bei 70 Prozent liegt (Prognos, 2023). Die Erfahrung mit dem Kita-Ausbau legt nahe, dass diese Quote letztlich wesentlich höher sein wird, wenn die öffentliche Hand den tatsächlichen Elternbedarf deckt (Prognos, 2023). In dem Szenario wird angenommen, dass der Bedarf in den kommenden

---

<sup>2</sup> Das verwendete Modell berücksichtigt, dass die Arbeitssuche einer arbeitslosen Erwerbsperson mit Kosten verbunden ist und durch den Suchprozess Arbeitslosigkeit entsteht. Siehe auch Krebs und Scheffel (2016,2017) für eine Analyse von Infrastrukturinvestitionen und Krebs und Scheffel (2024) zur Analyse der Kindergrundversicherung auf Basis des Modellrahmens.



Jahren auf eine Betreuungsquote von 80 Prozent ansteigt, so dass rund 900.000 zusätzliche Plätze zur Bedarfsdeckung nötig sind. Darüber hinaus besteht immer noch erheblicher Bedarf an zusätzlichem Ganztagsunterricht in den Schulen der Sekundarstufe I und II. Derzeit gibt es rund 8 Millionen Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen, mit einer Ganztagsquote von rund 50 Prozent (SKKM, 2024). In dem betrachteten Szenario wird angenommen, dass diese Quote bis 2025 auf durchschnittlich 75 Prozent anwachsen wird. Dies entspricht etwa zwei Millionen zusätzlichen Ganztagsplätze an den allgemeinbildenden Schulen – 900.000 an den Grundschulen und 1,1 Millionen an den Schulen der Sekundarstufe I und II.

Aktuell gibt es rund fünf Millionen pflegebedürftige Personen in Deutschland und rund drei Millionen Frauen haben jeden Werktag wenigstens eine Stunde mit häuslicher Pflege verbracht (Beirat, 2023). Die große Mehrheit der pflegenden Angehörigen bevorzugt die häusliche Pflege im Vergleich zum Pflegeheim, aber fast 80 Prozent wünschen sich die Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst (ARZ Haan AG, 2023). Im angedachten Szenario wird angenommen, dass von den zukünftig rund sechs Millionen pflegebedürftigen Personen (Beirat, 2023) etwa die Hälfte eine häusliche Pflege in Kombination mit einer ambulanten Pflege erhält. Dies entspricht einer Ausweitung der ambulanten Pflegeplätze von derzeit einer Million auf künftig drei Millionen Plätze, wobei ein „Platz“ definiert ist als ein ambulantes Pflegeangebot von vier Stunden an jedem Werktag.

## 5. Empfehlungen

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sprechen für einen massiven Ausbau des Ganztagsangebots an Kitas und Schulen sowie des Angebots an ambulanten Pflegediensten. Diese Maßnahmen würden als Paket die Wachstumspotenziale der deutschen Wirtschaft erheblich stärken und gleich-

zeitig die ökonomische Ungleichstellung nennenswert reduzieren. Zudem rechnen sich diese öffentlichen Investitionen auch aus fiskalischer Sicht, denn mittelfristig übertreffen die Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben die zusätzlichen Kosten für Personal und Sachinvestitionen. Eine gut ausgebaute öffentliche Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur stärkt die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen und reduziert die Ungleichheit.

Der Ausbau der öffentlichen Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur ist ein Hebel zur Stärkung der ökonomischen Gleichstellung der Frauen, aber er ist bei Weitem nicht ausreichend. Dies belegen auch die Ergebnisse der vorliegenden Studie, denn die Erwerbseinkommenslücke der Frauen mit Kindern oder Pflegebedürftigen würde zwar mit dem Ausbau nennenswert sinken, aber sie läge immer noch bei knapp 50 Prozent. Es braucht daher zusätzlich monetäre Anreize bzw. die Abschaffung bestehender Fehlanreize durch eine Reform des Steuersystems (z.B. Ehegattensplitting) oder Leistungen (z.B. in Form eines „Care-Gelds“), um eine gleichberechtigte Beteiligung an Care-Arbeit von Frauen und Männern in entsprechenden Lebensphasen neben der Fortsetzung substanzieller Erwerbstätigkeit stärker zu fördern und damit die Erwerbseinkommenslücke der Frauen mit Kindern oder Pflegebedürftigen weiter zu schließen.

## 6. Empirische Literatur

Das in Krebs und Scheffel (2017, 2019) verwendete makroökonomische Modell ist so kalibriert, dass es eine Reaktion des individuellen Arbeitsangebots der Mütter auf eine Veränderung der Betreuungssituation impliziert, die mit den empirischen Befunden der entsprechenden Mikro-Studien im Einklang steht. Die empirische Literatur zu den individuellen Reaktionen der Frauen mit Kindern auf den Ausbau der Kinderbetreuung wird in Krebs und Scheffel (2017) und Spieß (2021) zusammengefasst. Schober, Spieß, und Stahl (2017) bieten

einen Überblick mit Fokus auf die Reaktion auf eine Verbesserung der Betreuungsqualität. Zudem wird in den obigen Berechnungen angenommen, dass die Arbeitsangebotsveränderung der Frauen mit pflegebedürftigen Angehörigen vergleichbar ist mit der Reaktion der Frauen mit Kindern in dem Sinne, dass ein Pflegeangebot für  $x$  Stunden die gleiche Reaktion hervorruft wie ein Betreuungsangebot für  $x$  Stunden.

### Literatur

**AG Frühe Bildung (2024):** „Gutes Aufwachsen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Deutschland,“ Bericht der Arbeitsgruppe Frühe Bildung

**ARZ Haan AG (2022):** „New Normal? Herausforderungen in der Pflege durch Corona,“ Kurzstudie.

**Becker, D, Jäger, J, Schäfer, M, Beblo, M (2024):** Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit: Begriffsbestimmung, Konzipierung und Einflussfaktoren, Projektbericht für das Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend.

**Beirat (2023):** „Zweiter Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“.

**Bertelsmann (2023):** „Mehr Plätze und bessere Qualität in Kitas bis 2030 – wenn jetzt entschlossen gehandelt wird,“ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/november/mehr-plaetze-und-bessere-qualitaet-in-kitas-bis-2030-wenn-jetzt-entschlossen-gehandelt-wird>

**BMFSFJ (2024):** „Gleichstellungspolitik: Politik für Frauen und Männer,“ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung>

**BMWK (2024):** „Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken,“ Jahreswirtschaftsbericht 2024.

**IW (2024):** „306.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen,“ IW-Report 40/2024.

**Krebs, T./Scheffel, M. (2016):** „Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland“, Projekt-Nr. 44/16, Studie im Auftrag des BMWi (Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie), Berlin.

**Krebs, T./Scheffel, M. (2017):** „Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland“, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

**Krebs, T./Scheffel, M./Barisic, M./Zorn, D. (2019):** „Zwischen Bildung und Betreuung: Volkswirtschaftliche Potenziale des Ganztags-Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter“, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

**Krebs, T./Scheffel, M. (2024):** „Auswirkungen der Kindergrundsicherung auf Armut, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

**Prognos (2023):** „Bericht zum Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkindernach § 24a SGB VIII“

**Schober, P., Spieß, K., und J. Stahl (2017):** „Gute Gründe für gute Kitas!“, Friedrich-Ebert-Stiftung

**SKKM (2024):** Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland – Statistik 2018 bis 2022“, Bericht der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland.

**Spieß, K. (2021):** „Kita-Ökonomik – eine Perspektive für Deutschland,“ Perspektiven der Wirtschaftspolitik.

# Fazit: In Richtung Zukunft – ein Strategierahmen für Neujustierungen

## Ergebnisse der Beiträge der Autor:innen im Überblick:

### Teil 1: Ökonomische Gleichstellung: Verfassungsauftrag, Dimensionen und erforderliche Rahmenbedingungen

1. Das Grundgesetz enthält einen Verfassungsauftrag zur Förderung der ökonomischen Gleichstellung. Gesetzgeber wie Exekutive müssen daher Maßnahmen zu deren Förderung ergreifen. (Sacksofsky)

2. Die ökonomische Ungleichheit von Frauen und Männern schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen Deutschlands. Eine größere ökonomische Gleichstellung könnte ungenutzte Potenziale für das Potenzialwachstum freisetzen und zu einer gerechteren und resilienteren Gesellschaft beitragen. (Weßler-Poßberg, Ehrentraut)

3. Gute Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen sind wesentlich für die Geburtenentwicklung, insbesondere ausreichend Kinderbetreuungsangebote, ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt und eine kulturelle Verankerung von Gleichstellung. Wenn junge Erwachsene mit besseren Bedingungen für die Kombination von substanzieller Erwerbs- und Care-Arbeit ihre Lebenspläne bezüglich Kindern und Erwerbsarbeit verwirklichen könnten, wäre die Geburtenrate deutlich höher – mit positiven Konsequenzen für den langfristigen Wohlstand in Deutschland; dies würde auch die langfristige ökonomische Gleichstellung stärken. (Bujard)

### Teil 2: Wirtschaftliche Eigenständigkeit: Zielbestimmung, Einstellungen und Wünsche der Bürger:innenn

4. Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit ist eine Grundvoraussetzung – also notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung – für ökonomische Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. (Beblo)

5. Wirtschaftliche Eigenständigkeit bedeutet Frauen und Männern viel. Sie steht für Freiheit, Zufriedenheit und Selbstbestimmung. Zur Stärkung wirtschaftlicher Eigenständigkeit ist es wichtig, Frauen und Männern mehr Wissen über individuelle Gestaltungsmöglichkeiten zu vermitteln und unterstützende Rahmenbedingungen durch Politik und Arbeitgeber:innen zu schaffen. (Kaiser, Wulf)

6. Die wirtschaftliche Eigenständigkeit ist fast allen Frauen und Männern in Deutschland wichtig oder sogar sehr wichtig, sie gelingt jedoch infolge hoher Lebenshaltungskosten derzeit nur knapp der Hälfte. Zur Förderung der Eigenständigkeit bietet es sich an, den Fokus auf diejenigen Gruppen zu legen, die derzeit schon gern mehr arbeiten möchten, denen aber die Möglichkeit dazu fehlt – und in Arbeitswelt und von staatlicher Seite Anreize zu schaffen für partnerschaftliche Modelle, die ungleich verteilte Erwerbszeiten nicht festschreiben, sondern Anpassungen im Lebensverlauf leichter und risikofreier ermöglichen. (Borgstedt, Jurczok)

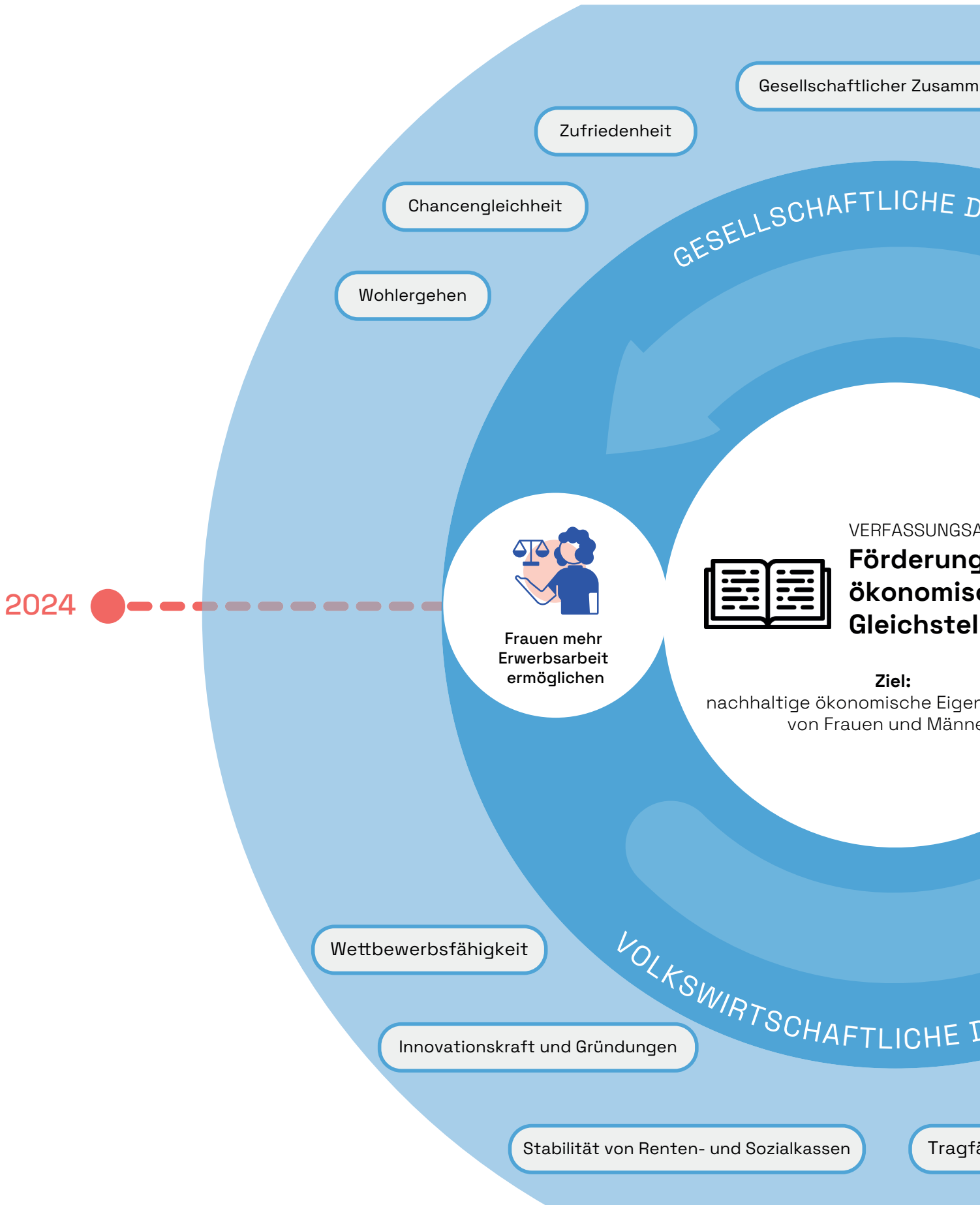
### Teil 3: Auf dem Weg zur ökonomischen Gleichstellung: Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen und Potenziale von Neujustierungen

7. Erwerbs- und Sorgearbeit ist in Deutschland zwischen Müttern und Vätern nach wie vor sehr ungleich aufgeteilt. Repräsentative Umfragen zeigen, dass die Einstellungen und Wünsche zur idealen Arbeitsteilung egalitärer sind als die gelebte Wirklichkeit. Ein Grund für diese Diskrepanz liegt im deutschen Steuer- und Transfersystem, insbesondere im Zusammenspiel von Ehegattensplitting und der steuerlichen Behandlung von Einkünften aus Minijobs. Reformen in diesem Bereich könnten dazu beitragen, dass Paare ihre Wünsche einer gleichmäßigeren Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit verwirklichen. (Wrohlich)

8. Die wirtschaftlichen Kosten einer Politik des Nicht-Handelns in Bezug auf die ökonomische Gleichstellung der Frauen sind hoch. Wenn es bedarfsdeckende Angebote für Kinderbetreuung und zur Unterstützung der häuslichen Pflege gäbe, würden bis 2030 zusätzliche 600.000 Vollzeitäquivalente in der Frauenerwerbstätigkeit entstehen und das Bruttoinlandsprodukt um jährlich 60 Milliarden Euro (1,5%) steigen. Die Erwerbseinkommenslücke der Frauen mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen würde gleichzeitig um

rund vier Prozentpunkte sinken und die fiskalischen Nettomehreinnahmen bis 2035 auf jährlich rund 14 Milliarden Euro ansteigen. Zusätzlich zum Ausbau der Infrastruktur zur Ganztagsbetreuung von Kindern und dem Ausbau der Infrastruktur zur häuslichen Pflege braucht es eine Reform des Steuersystems und monetärer Leistungen, um substanzielle und lohnende Erwerbstätigkeit mit Partnerschaftlichkeit zu verbinden und damit die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen und Männern mit Care-Verantwortung zielgenau zu stärken. (Krebs)

# Visualisierung des Strategierahmens für die ökonomische Gleichstellung



# ns g 2030

inhalt

Realisierung von Kinderwünschen

Selbstbestimmung

DIMENSIONEN

**Schritte zur Zielerreichung auf Grundlage der Bedarfe und Wünsche der Bevölkerung:**

3

Reformen im Steuer- und Transfersystem

2

Substanzielle Erwerbstätigkeit und gleichberechtigte Aufteilung von Care-Arbeit stärken

1

Investitionen in Bildung und Betreuung von Kindern und Pflege-Infrastruktur

AUFTRAG

g der  
chen  
lung



Männern mehr  
Care-Arbeit  
ermöglichen

→ 2030

ständigkeit  
ern

Potenzialwachstum

DIMENSIONEN

Fach- und Arbeitskräftesicherung

ähigkeit öffentlicher Finanzen

## Autor:innen



### **Prof. Dr. Dr. h.c. Ute Sacksofsky, M.P.A. (Harvard)**

Prof. Dr. Dr. h.c. Ute Sacksofsky, M.P.A. (Harvard) ist Universitätsprofessorin für Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen. Sie ist Mitglied im Direktorium des Cornelia-Goethe-Centrums für Geschlechterforschung. 2020 wurde ihr eine Ehrenpromotion von der Universität Wien verliehen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Verfassungsrecht, Geschlechterforschung im Recht, Finanz- und Abgabenrecht, Verfassungsrechtsvergleichung USA.

### **Dr. Dagmar Weißler-Poßberg**

Dr. Dagmar Weißler-Poßberg ist seit 2015 bei der Prognos AG und verantwortet den Beratungsbereich Gesellschaftspolitik. Arbeitsschwerpunkte von Frau Weißler-Poßberg bei Prognos sind sozialpolitische Strategien auf Bundes- Landes- und Kreisebene, die Evaluation von Bundesprogrammen und die Analyse und Weiterentwicklung betrieblicher Rahmenbedingungen. Sie leitet Forschungs- und Beratungsprojekte für vielfältige öffentliche Auftraggeber, wie z.B. das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Landesministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, das Landesministerium für Heimat, Kommunales Bau und Gleichstellung und die Senatsverwaltung Berlin. Thematische Schwerpunkte von Frau Weißler-Poßberg sind die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Frühen Bildung sowie die Gleichstellungspolitik.



### **Dr. Oliver Ehrentraut**

Dr. Oliver Ehrentraut, Diplom-Volkswirt, ist seit 2008 bei Prognos. Er ist Direktor, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung und verantwortlich für den Standort Freiburg. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft I und dem Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg. Die Forschungsschwerpunkte von Herrn Ehrentraut liegen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor dem Hintergrund des demografischen und technologischen Wandels. Zentraler Bestandteil solcher Untersuchungen sind die langfristigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen verschiedener Einflussfaktoren und Politikoptionen.



### **Prof. Dr. Martin Bujard**

Prof. Dr. Martin Bujard ist stellvertretender Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und dort Leiter des Fachbereichs „Familie und Fertilität“. Er ist außerdem Professor für Medizinische Soziologie und Familiensoziologie an der Universität Heidelberg. Martin Bujard forscht in den Bereichen Demografie, Familiensoziologie, Public Health und Quantitative Sozialforschung. Sein derzeitiges Hauptprojekt ist „FRoDA – Das familiendemografische Panelstudie“.





## Prof. Dr. Miriam Beblo

Miriam Beblo ist Professorin der Volkswirtschaftslehre am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Als angewandte Mikroökonomin forscht sie zu den Themen Arbeit, Familie, Gender und Migration. In der Lehre versucht sie, den praktischen Nutzen der theoretischen und empirischen Erkenntnisse aus der VWL für die Politik in den Mittelpunkt zu rücken. Sie selbst hat dabei an vielen Stellen ihrer beruflichen Laufbahn Erfahrung mit wissenschaftsbasierter Politikberatung gesammelt, etwa durch ihre Mitwirkung in zahlreichen politischen Beratungsgremien. Neben dem Forschungs-Praxis-Transfer engagiert sie sich in verschiedenen Gremien der Nachwuchs- und Forschungsförderung.

## Simone Kaiser

Simone Kaiser M.A. ist Leiterin des Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI) des Fraunhofer IAO. Sie identifiziert gesellschaftliche Bedarfe in technologischen Transformationsprozessen und entwickelt kollaborative und verantwortungsvolle Prozesse und Methoden zur Gestaltung von Innovationen. Simone Kaiser ist seit 2010 bei Fraunhofer und war zuvor als Politikberaterin bei der Prognos AG in Berlin tätig. Von 2020 bis 2022 leitete sie die Arbeitsgruppe Ethik der Initiative D21 und ist Mitglied im Scientific Advisory Board des World Fund. Simone Kaiser studierte Politik, Soziologie und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Tübingen und Magdeburg.



## Jessica Wulf

Jessica Wulf ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Responsible Research and Innovation des Fraunhofer IAO. Im Team „Gesellschaftliche Trends und Technologie“ forscht sie unter anderem zu Partizipation und Perspektivenvielfalt in der Forschung und ist für die Projekte zu wirtschaftlicher Eigenständigkeit zuständig. Sie studierte Psychologie an der Universität Groningen und der Universität Wien. Danach arbeitete sie in unterschiedlichen Bereichen rund um das Thema Gleichberechtigung, beispielsweise als Expertin zu Diskriminierungsrisiken und Algorithmen oder als Gender- und Diversitätsbeauftragte.



## Dr. Silke Borgstedt

Dr. Silke Borgstedt studierte Musikwissenschaft, Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und an der Technischen Universität Berlin. Seit 2021 ist sie Geschäftsführerin des SINUS-Instituts. Sie ist Expertin für soziokulturelle Trend- und Milieuforschung und hat über 15 Jahre Erfahrung in der Leitung empirischer Studien für Unternehmen und öffentliche Institutionen, insbesondere für Bundesministerien, öffentliche Auftraggeber und Stiftungen. Sie verfolgt in ihrer Arbeit einen ressourcenorientierten Ansatz, der die Bedarfe und Erfahrungen von Menschen als Potenzial und gesellschaftlichen Wandel als Chance erkennt.

## Autor:innen



### **Franziska Jurczok**

Franziska Jurczok studierte empirische Politik- und Sozialforschung an der Universität Stuttgart (M.A.) mit den Schwerpunkten quantitative Datenanalyse, politische Einstellungen und Verhalten. Sie ist seit 2015 am SINUS-Institut tätig, mittlerweile in der Position Senior Research & Consulting. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Nachhaltige Mobilität, Familie, Gender und Jugend. Seit 2022 ist sie Mitglied des Beirat Radverkehr des BMDV / Bundesregierung.

### **Prof. Dr. Katharina Wrohlich**

Katharina Wrohlich ist Professorin für Öffentliche Finanzen, Gender- und Familienökonomie an der Universität Potsdam und Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am DIW Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Evaluation von Familien-, Steuer- und Sozialpolitik sowie Analysen von Gender Gaps am Arbeitsmarkt. Katharina Wrohlich ist seit 2002 am DIW Berlin tätig. Unter anderem war sie von 2012 bis 2016 stellvertretende Leiterin der Abteilung Staat. Sie promovierte 2007 an der FU Berlin. Zuvor studierte sie Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien und an der Georgetown University in Washington, D.C.



### **Prof. Tom Krebs, Ph.D.**

Tom Krebs ist Professor für Makroökonomik an der Universität Mannheim und wissenschaftliches Mitglied der Mindestlohnkommission. In seiner Forschung untersucht er die Auswirkungen von Wirtschaftskrisen und Wirtschaftspolitik auf Wachstum, Ungleichheit und Lebensqualität. Vor seinem Wechsel an die Universität Mannheim hat Tom Krebs an verschiedenen US-Universitäten geforscht. Er war der erste Gastprofessor am Bundesministerium der Finanzen und zudem wirtschaftspolitischer Berater am Internationalen Währungsfonds, an der Weltbank und der amerikanischen Zentralbank in Minneapolis.

# Impressum

## Kontaktadresse:

Simone Kaiser

Center for Responsible Research and Innovation Fraunhofer IAO

Hardenbergstraße 20

10623 Berlin

E-Mail: [simone.kaiser@iao.fraunhofer.de](mailto:simone.kaiser@iao.fraunhofer.de)

## Autor:innen:

Prof. Dr. Miriam Beblo, Dr. Silke Borgstedt, Prof. Dr. Martin Bujard, Dr. Oliver Ehrentraut, Franziska Jurczok, Simone Kaiser, Tom Krebs, Prof. Dr. Dr. h.c. Ute Sacksofsky, Dr. Dagmar Weßler-Poßberg, Jessica Wulf, Prof. Dr. Katharina Wrohlich

## Gestaltung und Layout:

Florian Paschke, Marie Goretzky

Diese Broschüre wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Projekts: „Wirtschaftliche Eigenständigkeit nachhaltig stärken: Informierte Entscheidungen für ein selbstbestimmtes Leben fördern“ gefördert. Erstellt wurde die Broschüre vom Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI) des Fraunhofer IAO. Die Publikation wurde im November 2024 veröffentlicht.

Förderkennzeichen: 2524GOG401

Mehr Informationen zum Projekt finden Sie unter: [www.wirtschaftlich-eigenstaendig.de](http://www.wirtschaftlich-eigenstaendig.de)

© Center for Responsible Research and Innovation des Fraunhofer IAO, 2024

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die über die engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes hinausgeht, ist ohne schriftliche Zustimmung der Autor:innen unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Speicherung in elektronischen Systemen. Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen und Handelsnamen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass solche Bezeichnungen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und deshalb von jedermann benutzt werden dürften. Soweit in diesem Werk direkt oder indirekt auf Gesetze, Vorschriften oder Richtlinien (z.B. DIN, VDI) Bezug genommen oder aus ihnen zitiert worden ist, kann der Verlag keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität übernehmen.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Center for Responsible  
Research and Innovation  **Fraunhofer**  
IAO



Center for Responsible  
Research and Innovation  **Fraunhofer**  
IAO

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend